

Arbeiter-Zeitung

Erstausgabe täglich mit Ausnahme des Sonn- und Festtags. Bezugspreis: wöchentlich 0,50 Mk., monatlich 2,25 Mk., Einzelnummer 15 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 2,25 Mk., unter Einbezug 2,50 Mk. Anzeigenpreis: Die dreizehnpennige Zeile ober deren Raum 12 Pf., Vereins- und Versammlungsanzeigen 6 Pf. Kollonienpreis: Die dreizehnpennige Zeile ober deren Raum im Text 70 Pf. — Schluss der Inseratenannahme in der Haupt-Expedition 5 Uhr; in den Filial-Expeditionen am Tage vorher bis spätestens 12 Uhr.

für Schlesien und Oberschlesien
Organ der SPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Haupt-Expedition: Breslau 10, Trebnitzer Straße 50, Telefon 560 89. Filial-Expeditionen: Breslau 644, Mecklenburger Straße 50, Telefon 288 87. Sprechzeit der Redaktion von 12-13, Montag bis Freitag von 17-18 Uhr. — Filial-Expeditionen: Gleiwitz, Wilhelmstraße 28, Telefon 1008. — Kattowitz, Runkel 6, Telefon 2384. Geschäftszeit von 8-19 Uhr. Vertriebsstand am Hauptvertriebsort Breslau. — Verlag: Schell, Verlagsgesellschaft m. B., Breslau. — Druck: „Reubner“ Berlin, 191, Breitenburger Straße 50.

Die Ohnmacht der Sozialdemokratie Ein wertvolles Eingeständnis Breitscheids im Reichstage

(Fig. Ber.) Berlin, 5. Juli.

Die Regierungserklärung, die Hermann Müller am Dienstag für sein sogenanntes „Kabinett der Persönlichkeiten“ abgab, hat die sozialdemokratischen Arbeiter auf tiefste enttäuscht. Zu offensichtlich sind darin die Interessen und Ansprüche der Trustbourgeoisie verankert, zu schamlos die Forderungen der Arbeiterklasse preisgegeben! Das sehen auch die sozialdemokratischen Arbeiter.

Nun hatte Herr Breitscheid in der am Mittwoch begonnenen Aussprache über die Regierungserklärung die wenig dankbare Aufgabe, die erbärmliche Rolle der Kanzler-Partei bei dem Zustandekommen dieser Regierung zu rechtfertigen und die SPD-Wähler draußen im Lande zu beruhigen. Ein vergebliches Bemühen.

Unwesentlich der demagogische Versuch Breitscheids, sich an der Politik der Kommunisten zu reiben, um seine schwache Position dadurch zu verdecken. Von Wichtigkeit waren seine Ausführungen, wo er offen zugeben mußte, daß der Weg der Koalitionspolitik nicht zum Sozialismus führt. Man muß dies festhalten, da diese Ausführungen im Widerspruch stehen zu der allgemein üblichen Propaganda sozialdemokratischer Funktionäre. Man muß diese Ausführungen auch deshalb festhalten, weil damit Breitscheid die Ausweglosigkeit der ganzen Politik der Sozialdemokratie selbst aufgezeigt hat, als er sich gezwungen sah, den enttäuschten sozialdemokratischen Arbeitern darzulegen, warum trotzdem die SPD-Führer das Bündnis mit den Bürgerblock-Parteien dem außerparlamentarischen Klassenkampf vorziehen. (Wir verweisen auf den Artikel des Genossen Hausen: „Der Weg zur Macht“, den wir auf der ersten Seite der Beilage veröffentlichen.)

Nimmt man zu diesen Ausführungen noch das armselige Gestammel des Vertreters der „völkerbefreienden Sozialdemokratie“ darüber, was die Regierungserklärung alles enthalten würde, wenn die SPD nicht Kompromisse mit anderen Parteien „machen müßte“, und vergewaltigt man sich, mit welchem Uebermut besonders der Vertreter der Deutschen Volkspartei, Dr. Scholz, die Forderungen der Schwerindustrie erhob, wobei er nicht mit höhnischen Bemerkungen gegen die sozialdemokratische Fraktion sparte, dann weiß man, daß in dieser Regierung die Vertreter der Schwerindustrie den Ton angeben. Herr Breitscheid schloß mit einem Appell an Laten der Regierung, da die Erklärung ja doch nur ein Stück Papier sei. Ein Narr, der auf solche Laten noch hofft, nachdem sie schon am Anfang so vollkommen fehlten. Nach Breitscheid sprach Westarp, der trotz seiner oppositionellen Ausführungen seiner Zufriedenheit mit der neuen Regierung Ausdruck gab, wie überhaupt die gestimmte bürgerliche Presse mit ihrer sozialdemokratischen sehr zufrieden ist. Westarp folgte als Vertreter des Zentrums Dr. Perltius, der sich darauf beschränkte, eine Erklärung zu verlesen, was offensichtlich eine Brückenerklärung der SPD bedeutete. In dieser Erklärung heißt es, daß das Zentrum vorläufig auf eine abschließende politische Stellungnahme verzichte, da die jetzige Regierung nur eine Notlösung sei.

Aussprache

über das Regierungsprogramm

Eingangs der gestrigen Reichstagsitzung rügte der Präsident Lobe den Genossen Leom, weil er am Vortage ein Stück Pausseife auf den Tisch des Hauses gelegt und dadurch die Pausordnung verlegt habe. Offenbar hofft er noch immer, auch die Kommunisten zu milderen und höflicheren Parlamentsformen erziehen zu können.

Als ersten Redner schied die Sozialdemokraten ihren abermals verhinderten Außenminister Breitscheid vor. Die Wahlen haben, so führt er aus, die größte Niederlage der Teufelnationalen und den größten Gewinn der Sozialdemokraten gebracht. Natürlich ist auch die jetzige Regierung eine

Koalitionsregierung, da die einzelnen Regierungsmitglieder sich auf das Vertrauen ihrer Fraktionen stützen müssen. Demgemäß atmet auch die Regierungserklärung den Geist der Koalition. Wir wissen wohl, daß der Sozialismus nicht mit einem Koalitionskabinett verwirklicht werden kann. Wir wollen lediglich durch unsere Beteiligung eine Hebung der

Lage der arbeitenden Klassen erreichen. Unsere Minister stehen unter ständiger Kontrolle. (Zuruf bei den Kommunisten: Der Deutschen Volkspartei!) Wenn wir keine Rücksicht zu nehmen brauchen, würde die Regierungserklärung wesentlich anders aussehen. Besonders Vertrauen hegen wir zu dem Reichsinnenminister Seering. (Zuruf bei den Kommunisten:)

Mißtrauensantrag der SPD.

Die kommunistische Reichstagsfraktion hat den nachstehenden Mißtrauensantrag gegen die Regierung eingebracht:

Das Ergebnis der Reichstagswahlen vom 20. Mai ist eine schwere Niederlage für die Bürgerblockregierung und die Bürgerblockparteien.

Die arbeitende Bevölkerung hat durch ihre Stimmabgabe nicht nur ein vernünftiges Urteil über die Bürgerblockpolitik gefällt, sondern gleichzeitig ihren entschiedenen Willen zum Kampf für ihre Lebensinteressen zum Ausdruck gebracht.

Die Sozialdemokratie hat auf diese Willenskundgebung der arbeitenden Bevölkerung mit der Bildung einer Koalitionsregierung mit Deutscher Volkspartei und Zentrum, also den Parteien geantwortet, die die Verantwortung für die arbeiterefeindliche Politik des Bürgerblocks tragen.

Die Erklärung des Kabinetts Hermann Müller beweist klar und eindeutig, daß auch diese Regierung sich völlig in den Händen des Trustkapitals befindet und die Politik der Bürgerblockregierung zur Befestigung der kapitalistischen Klassenherrschaft und zur weiteren Unterdrückung der Arbeiterklasse fortsetzen wird.

Die Regierungserklärung bestätigt weiter, daß die Regierung Hermann Müller auch den imperialistischen Kurs der deutschen Bourgeoisie auf eine neue Aufrüstungs- und Kriegspolitik und die Einkreisung der Sowjetunion fortsetzen und den Bau der neuen Panzerkreuzerflotte durchzuführen wird.

In allen Lebensfragen der Werktätigen aber, in den Fragen der Arbeitszeit, der Schlichtungsordnung, des Reallohnes, der Massenfeiern und der Wucherzölle, des Glubs der Erwerbslosen und der Wohnungsnot usw., soll und wird alles demselben alten und darüber hinaus die kapitalistische mit Hilfe der Nationalisierungspolitik mit all ihren verhängnisvollen und gefährlichen Folgen für die Arbeiterklasse in noch größerem Maße durchgeführt werden.

Gegenüber der großen Notlage der mittelständlerischen Schichten, der werktätigen Bauern und der Landarbeiter hat die Regierung Hermann Müller ebenfalls nur leere Versprechungen. Auch in den Fragen der Innen- und Kulturpolitik (Wahlrechtsverschlechterung, Auslieferung der Schule an die Kirche, Ausrechterhaltung des Schuld- und Schmutzgesetzes usw.), führt die Regierung Hermann Müller die Politik der Bürgerblockregierung fort.

Der einzige Unterschied gegenüber der Bürgerblockregierung ist, daß an Stelle des Zentrumsführers Wilhelm Marx der sozialdemokratische Parteivorsitzende Hermann Müller getreten ist und jetzt die Sozialdemokratie damit die offene Verantwortung für die arbeiterefeindliche Politik der Regierung übernimmt. Deshalb wolle der Reichstag beschließen:

Die Regierung Hermann Müller besitzt nicht das Vertrauen des Reichstages.

Angeheure Sturmchäden

Sturmverwüstungen in Berlin.

Berlin, 4. Juli. Der ungewöhnlich heftige Sturm, der am Mittwoch in der zweiten Nachmittagsstunde Berlin und seine Umgebung heimsuchte, hat in fast allen Stadtteilen erheblichen Schaden angerichtet. Die Feuerwehr, die innerhalb kurzer Zeit etwa 1350 mal zur Hilfeleistung gerufen wurde, ist mit den Aufräumarbeiten noch immer nicht fertig. An verschiedenen Stellen wurden Baugerüste an Hausfronten vom Sturm in die Tiefe gerissen, zahllose Fenster wurden eingedrückt. Nach einem Augenzeugenbericht gerieten die Türme der Nikolai-Kirche im Zentrum der Stadt ins Wanken. Dachziegel prasselten auf die Straße, die sofort von den Fußgängern geräumt werden mußte. Arg mitgenommen wurde auch der Zentralflughafen auf dem Tempelhofer Feld. Hier wurde das Dach eines Flugzeugschuppens in einer Breite von etwa 18 Meter abgedeckt. Außerdem stürzte der Sturm ein Fokker-Wulf-Flugzeug um, das auf dem Flugfeld stand, zum Glück aber unbesetzt war. Man kann sich einen Begriff von der Stärke des Sturmes machen, wenn man bedenkt, daß sich 40 Monteure und Arbeiter vergeblich bemühten, das Flugzeug zu halten, und noch schnell in die Halle zu bringen. Im ganzen hat die Sturmkatastrophe fünf Schwerverletzte und acht Leichtverletzte gefordert.

Sturm in Oberschlesien.

Gleiwitz, 5. Juli. (Fig. Bericht.) Am heutigen Mittwoch, 4. Juli, zwischen 16 und 17 Uhr, ging ein Gewitter mit Sturm über Gleiwitz hinweg. Auf der Straße blieb eine große Anzahl Bäume in den städtischen Anlagen und den Straßen der Stadt. Starke Bäume wurden buchstäblich gebrochen und mit den Burgen herausgerissen. Zahlreiche Dächer sind beschädigt, einige abgedeckt. Die Leitung der Straßenbahn geriet, so daß der Betrieb in Gleiwitz stillstand. Auch in den Vororten sieht es nicht aus.

Am Gleiwitz, 4. Juli. Ueber Oberschlesien ging ein schweres Unwetter mit einem Sturm von 40 Sekundenmetern Windstärke nieder. Der Sturm richtete ungeheure Verwüstungen an. Auf dem Gleiwitz

Flughafen wurden beide Flugzeughallen durcheinandergeworfen und beschädigt. Durch das Unwetter ist der 25 Meter hohe Schornstein der städtischen Ziegelei ungerissen worden. Dabei wurde ein Mann schwer und einer leicht verletzt. Auf der Straße Laban-Gleiwitz sind Telegraphenstangen und Bäume auf die Schienen geschleudert worden, so daß eine sehr schwere Verzögerung des Zugverkehrs eintrat.

Am Gleiwitz, 5. Juli. In Beistretscham ist durch das schwere Unwetter der Schornstein einer Ziegelei eingestürzt. Dabei wurden vier Personen getötet und drei schwer verletzt. Im Wasserwerk Zawada stürzte ein Schornstein auf eine Autogarage, in die Arbeiter vor dem Unwetter geflüchtet waren. Vier Personen wurden schwer verletzt. Eine davon ist den Folgen der Verletzungen erlegen.

Todesopfer des Orkans im Harz.

Bad Grund, 4. Juli. Im westlichen Harzgebiet richtete am Mittwochvormittag ein Orkan schwere Schäden an. In Bad Grund wurde das Dach eines Pavillons vom Sturm emporgehoben und zur Erde niedergeschleudert, wo es Passanten traf. Eine Frau wurde getötet, ein Mann schwer verletzt. Nach vermissten Purgästen wird noch gesucht. Man rechnet mit einer größeren Anzahl Leichtverletzter. Die Telefonverbindungen waren teilweise unterbrochen. Das Unwetter war von wolkenbruchartigem Regen begleitet, der die Harzgewässer in kurzer Zeit zu reißenden Gebirgsbächen an schwellen ließ.

Die Sturmchäden in der Luftfahrt.

Am Halle, 5. Juli. Auf dem Flugplatz Berningerode ereignete sich bei dem Sturm am Mittwoch ein Unglücksfall. Das Verkehrsflugzeug „D 1391“ hatte seinen fahrplanmäßigen Flug Dirschburg-Berningerode beendet. Pilot und Passagiere hatten gerade das Flugzeug verlassen, als die Winde sich näherten. Man versuchte, das Flugzeug noch zu sichern. Der Sturm riß die Maschine jedoch aus der vielfachen Berankerung und schleuderte sie 1250 Meter hoch in die Luft. Das Flugzeug ist stark beschädigt.

Der Stahlhelm in (Herl) Alle Regierungserklärungen sind jedoch

nur ein Stück Papier,

es kommt nur auf den Willen an, der dahinter steht. (Weise:1 bei den Sozialdemokraten und in der Mitte des Hauses.)

Draht Westarp (Dnt.) stellt fest, daß in dem Wahlergebnis vor allem eine schwere bolschewistische Gefahr zum Ausdruck komme. Im übrigen hat Weisfeld eine mehr als jahrelange Jurisdiktion an den Tag gelegt. Redner schlägt vor, die Regierungserklärung amtlich zu verbreiten, wie ein sozialdemokratischer Kanzler programmatisch über Land und Meer und andere Dinge reden könne, über Internationale, Klassenkampf und Verwandlung der kapitalistischen in eine sozialistische Republik sich in allen Tonarten ausschweifen kann.

Der Zentrumsredner Dr. Perlinius gibt eine Erklärung ab, wonach die jetzige Regierungsbildung als eine zeitliche Notlösung bezeichnet wird. Aus diesem Grunde zieht seine Partei von einer abschließenden politischen Stellungnahme ab.

Die Stimme der Arbeiterklasse kam endlich in diesem Saale zu Wort, als

die Rednertribüne bestieg, um im Auftrage der kommunistischen Reichstagsfraktion deren Stellungnahme zu der Regierungserklärung darzulegen. Er führte u. a. aus: Die Regierungserklärung ist nur zur Täuschung der Massen bestimmt. Zwei Taten der Regierung liegen aber schon vor. Das ist die Köpferpreiserhöhung, und das ist das servile Gichtwunschscheiben Müller an Hindenburg.

Die Sozialdemokratie hat durch ihre erneute Koalitions-politik die Wahlmiederlage der Bürgerblockparteien in einen Klassenstich der Bourgeoisie verwandelt.

Die Kommunisten werden unablässig die wahre Rolle der Sozialdemokratie kennzeichnen. So wie die Unternehmer durch ihre Verbände außerparlamentarisch ihre Politik mit allen Mitteln vertreten, so muß auch die Arbeiterklasse durch die Mobilisierung ihrer großen Organisationen die Durchsetzung ihrer Tagesforderungen erzielen.

Gegenüber den Versuchen Weisfelds, die Politik der KPD zu diskreditieren, und um allen Arbeitern ein für alle Mal klar auf die Frage zu antworten, warum die KPD sich nicht an einer Regierung der kapitalistischen Republik beteiligt, führte Genosse Ewert aus, daß die Kommunisten der kapitalistischen Republik grundsätzlich ablehnend gegenüberstehen, daß in einer Koalitionsregierung nur die bürgerlichen Parteien die Gewinner sind und die Kommunisten daher in keine Regierung dieses Staates eintreten. Sie betrachten es dagegen als ihre Aufgabe, getreu den Lehren von Karl Marx, die breite Front der Arbeiterklasse herzustellen mit dem Ziel der Herbei-

führung revolutionärer Kämpfe zum Sturze der Bourgeoisie und zur Eroberung der politischen Macht. Das bedeutet aber nicht, daß die Kommunisten mit den Händen in der Tasche bis zu diesem Augenblicke warten. In längeren Ausführungen erhob Genosse Ewert von dieser Stelle aus erneut alle dringenden Forderungen der Arbeiterklasse und richtete einen Appell an die Massen, sich im außerparlamentarischen Kampf für diese Forderungen um die kommunistische Partei zu scharen.

Zur Außenpolitik, wie sie in der Regierungserklärung zum Ausdruck kommt, führte Genosse Ewert aus, daß auch hier die Sozialdemokratie die Bourgeoisie und den imperialistischen Imperialismus mit allen Mitteln unterstützt. Unter der Maske der Friedenspolitik vollziehen sich Kollisionsbildungen der imperialistischen Mächte gegen die Sowjetunion, wie es auch in dem sogenannten Kriegszustandspakt der Vereinigten Staaten zum Ausdruck kommt. Die Kommunisten erklären mit aller Deutlichkeit, daß

die Periode der Kriege noch nicht abgeschlossen ist, wie es die Sozialdemokratie darstellen will. Wir stehen vor ersten Kämpfen gegen die imperialistischen Kriegskriegler. Das Zeitalter des Imperialismus ist aber auch gleichzeitig das Zeitalter der proletarischen Revolution. Auch diese Koalitionsregierung muß in den Massenkämpfen zwischen der herrschenden Klasse und dem Proletariat zerrüttert werden. Wir werden dafür sorgen, daß die Arbeitermassen den Verrat an ihren Interessen, den die Reformisten täglich begehen, durchschauen. Die Massen werden uns in steigendem Maße folgen. Nur die kommunistische Partei ist fähig, die werktätige Bevölkerung aus dem Chaos und zum Sozialismus zu führen. (Wir werden die Rede des Genossen Ewert noch ausführlicher wiedergeben.)

Dr. Scholz (D. Vpt.) wird von den Kommunisten mit den Zurufen: „Der Chef vom Ganzen!“ und „Der Vorseher von Hermann Müller!“ empfangen. Redner stellt einleitend fest, daß die Deutschnationalen für eine große Koalition ebenso bündnisfähig wie die Volksparteiler seien, — zumal sie wirtschaftspolitisch der SPD näher als seine Partei stehen.

Dr. Haas (Dem.) bedauert die Taktik des Zentrums und der Volkspartei als eine nicht glückliche. — Drewitz (Wirtschaftspartei) erklärt, daß seine Partei sich der neuen Regierung gegenüber abwartend verhalten werde.

Gegen 17 Uhr vertagt sich der Reichstag auf Donnerstag 12 Uhr. Eine zweite Rednergarnitur der Parteien wird auf treten, und die von den Kommunisten und den Deutschnationalen eingelaufenen Mißtrauensanträge zur Abstimmung gelangen.

Auch die Deutschnationalen hätten zustimmen können

Das Urteil eines führenden Zentrumsblattes über die Regierungserklärung

Breslau, 5. Juli.

Das Zentrumsblatt, die „Schlesische Volkszeitung“, schreibt in ihrer Nummer 307 vom Mittwoch, dem 4. Juli, in einem Beilager, „Kanzler Müllers Programm“ u. a. folgendes:

„Was der Reichskanzler Müller verkündete, hätte übrigens jeder bürgerliche Kanzler als das Programm seiner Partei und Regierung vorlegen können; wenn die Deutschnationalen nicht Opposition der reinen Opposition halber machen wollen, so müssen sie ebenfalls diesem Programm zustimmen.“

Die Sozialdemokraten haben jetzt die Forderung, und trotzdem war in dem heute verkündeten Programm nichts von dem sozialdemokratischen Zukunftsprogramm enthalten, sondern es war ein Programm der Kompromisse. Das beweist, daß auch die Sozialdemokratie nicht anders kann; wenn sie verantwortungsvoll und praktisch arbeiten soll, dann müssen eben solche Zukunftsprogramme ausgehandelt werden. Auch die Fassung des Regierungsprogramms selbst war so vorsichtig gehalten, daß sie nirgendwo Anstoß erregen könnte. In keinem Satz eine strikte Forderung oder ein Miß, sondern überall war von Erwägungen, Anregungen, Plänen, Prüfungen, Billigung usw. die Rede.“

„Seine sozialistischen Forderungen, dafür Kompromisse und Erwägungen. Ein bürgerlicher Kanzler hätte nicht anders sprechen können. Auch die Deutschnationalen könnten, wenn sie jetzt nicht „Tauschen Malchen ist böse“ spielen möchten, dem Programm zustimmen.“ So faßt das führende Zentrumsblatt Schlesiens sein Urteil über den Inhalt des Regierungsprogramms zusammen und trifft damit den Nagel auf den Kopf. Es hat sich in der Tat seit dem 20. Mal nur etwas geändert: die deutschnationalen Minister haben die Regierung verlassen und den Sozialdemokraten Platz gemacht. Diese haben ihre „Oppositionsstellung“ verlassen und die Verantwortung für eine Politik übernommen, deren Firmenschild heute Müller-Curtius-Stresemann lautet, das aber ebenso Sergt-Müller-Curtius-Stresemann lauten könnte, ohne die geringste Veränderung vorzunehmen. Haben deshalb Millionen Arbeiter sozialdemokratisch gewählt, damit die Hindenburgfront hergestellt und die Bürgerblockpolitik fortgesetzt wird?

Gibt euch, linke sozialdemokratische Arbeiter in Schlesien und Oberschlesien das Zentrumsurteil nicht zum Nachdenken Anlaß?

Bereits 36 oppositionelle DNZ-Delegierte

Berlin, 5. Juli. (Vgl. Draht.) Nach den bisherigen Teilergebnissen sind bereits über 36 Delegierte der Opposition für den DNZ-Verbandskongress in Karlsruhe gewählt. Bisher hat die Opposition folgende sichere Mandate: Berlin 22, Halle 2, Solingen 4, Remscheid 1, Göttingen 1, Suhl 1, Stuttgart 5.

Waldenburg, 5. Juli. (Vgl. Draht.) Bei den Delegiertenwahlen im DNZ. erhielt Daßler, SPD, 747 (1926; 978) und Becker, KPD, 151 (1926; 102) Stimmen.

Gerichte über die Rettung Umundjens

M. Oslo, 4. Juli. Das Geophysikische Institut in Tromsø hat am Dienstag von der englischen Yacht „Albion“ die Mitteilung erhalten, daß am Dienstagmorgen Radio-Signale von einem norwegischen Fischkutter aufgenommen worden seien, aus denen hervorzugehen scheint, daß Umundjen und seine Begleiter sich wohlbehalten an Bord des Fischkutters befinden. Der Yacht sei es jedoch nicht gelungen, die Lage des Fischkutters festzustellen. Das Geophysikische Institut hat sich an das italienische Flugzeug „Marina I“ gewandt, das sofort aufstieg, aber nach sechs Stunden wieder zurückkehrte, ohne den Fischkutter gefunden zu haben. Die norwegische Polizei hat jetzt in Harstad einen Fischer gefunden, der behauptet, die „Catham-Walchjone“ am Morgen des 19. Juni in 400 Meter Höhe über dem Meeresspiegel gesehen zu haben. Diese Nachricht ist insofern interessant, als die letzten Fundmeldungen von dem Flugzeug am Abend des 18. Juni ausgegangen wurden.

Mobile hatte am Dienstag mit zwei Presseberichterstattem eine kurze Unternehmung. Er lag im Bett und sah angeblich äußerst mitgenommen aus. Er erzählte, er gebe seine Polarforschungen in Zukunft fortzusetzen, da er Lust bekommen habe, sich auch weiter auf diesem Gebiete zu betätigen.

Die Malmgren-Gruppe wird jetzt von Sachverständigen verloren gegeben, da sie nur wenig Nahrungsmittel und weder Bewehrung noch Schlaffade mit sich führte. Die Lundborg-Gruppe befindet sich in zunehmender Gefahr, da nach den letzten Berichten das Eis stark zu schmelzen beginnt.

„Araffin“ 120 Kilometer von der Lundborg-Gruppe

M. Rowno, 5. Juli. Nach einer Moskauer Meldung befindet sich am 4. Juli der Eisbrecher „Araffin“ in einer Entfernung von 120 Kilometern von der Lundborg-Gruppe. „Araffin“ bewegt sich trotz großer Schwierigkeiten langsam vorwärts. Falls die Eismassen das Vorbringen des Eisbrechers zum Stillstand bringen, wird „Araffin“ die Bewegung des Eises abwarten.

Babuschkina zurückgeführt

M. Rowno, 5. Juli. Wie aus Moskau gemeldet wird, ist am Mittwoch um 10 Uhr Babuschkina mit seinem Flugzeug nach fünf-tägiger Abwesenheit zu dem Eisbrecher „Maljgin“ zurückgeführt. Auf seinem Fluge hatte er mit starken Binden zu kämpfen, die ihm zum Niedergehen zwangen. Das Flugzeug ist unbeschädigt. Der Pilot und seine Begleiter sind wohlbehalten.

Sechs Kinder bei einer Handgranaten-Explosion getötet

Kattowitz, 4. Juli. In Larnowitz ereignete sich am Dienstagnachmittag ein schweres Unglück. Kinder fanden beim Spielen eine Handgranate, die explodierte. Sechs Kinder im Alter von drei bis zehn Jahren wurden sofort getötet, vier Kinder schwer verletzt. An dem Aufkommen der Schwerkriegsgerätschaft zweifelt. Die polnische Presse behauptet, daß die Handgranate in einem Hause gefunden worden sei, in dem zur Abkühlung zu jezt ein deutsches Kommissariat untergebracht war.

Wieder einmal Ozonflug

M. Rom, 5. Juli. Die beiden italienischen Piloten Ferrarini und Delperte, die am Dienstagabend zu ihrem Ozonflug starteten, überflogen am Mittwoch gegen 18 Uhr die Apenninischen Gebirge. Die Motoren des Flugzeuges arbeiteten regelnd.

Hoelz und Margies sollen noch bis 1932 im Zuchthaus bleiben

Berschlechterung der Amnestie durch die Sozialdemokraten

Breslau, 5. Juli

Als im Wahlkampf unsere Genossen die schändliche Amnestie-fabotage der Sozialdemokraten anprangerten, erklärte der linke Herr E. Klein in einer sozialdemokratischen Breslauer Wahlversammlung wörtlich:

„Unsere Genossen haben den Amnestiekompromißantrag abgelehnt, weil sie im neuen Reichstag eine bessere Amnestie machen können.“

Das war der Schand in die Augen der sozialdemokratischen Wähler, die gemeinsam mit den kommunistischen Klassenossen Befreiung der proletarischen politischen Gefangenen forderten. Wir nahmen auch an, daß der Druck der SPD-Arbeiter heute so stark sein würde, um die sozialdemokratische Reichstagsfraktion zu zwingen, einer Amnestie zuzustimmen, die mindestens die sofortige Freilassung von Max Hoelz bringt. (Neben den sozialdemokratischen Amnestie-betrug an Margies u. a. waren wir uns vollkommen im Klaren.) Wir müssen gestehen, wir haben in unserem Dienstag-Artikel den Druck der sozialdemokratischen Arbeiter zu stark, die Niedertracht und Kalkulationsgeist und Knechtlichkeit der SPD-Führer gegenüber der Bourgeoisie noch zu gering eingeschätzt, als wir die Amnestie von Hoelz als hauptsächlich bezeichneten. Aus Berlin wird uns heute über die Amnestiefabotage der SPD. folgendes geschrieben:

Seit fast vier Wochen ruht der Antrag der kommunistischen Reichstagsfraktion auf Amnestie der proletarischen politischen Gefangenen — der erste Antrag, den gleich nach seinem Zusammentritt der neue Reichstag unter dem Druck der Arbeitermassen beraten mußte — beim Rechtsausschuß. Doch die Qual der politischen Gefangenen, ihre immer enttäuschte Erwartung, endlich frei zu werden, war für den Rechtsausschuß kein Grund, seinen Zusammentritt zu beschleunigen: 17 Tage der Regierungsbildung waren für ihn eine willkommene Verlängerung der Ferien, für die proletarischen Gefangenen eine Verlängerung der Zuchthaus- und Gefängnisstrafen.

Seit dem 3. Juli ist er nun gebildet. Er stellte die Amnestie auf die Tagesordnung seiner Sitzung vom 5. Juli. Doch — nun fällt diese Sitzung aus. Die Amnestie, diese erste Tat, die im neuen Reichstag die neue, von den Sozialdemokraten geführte Regierung tun wollte, wird verschleppt. Sie ist zum Gegenstand des Anhangs des zwischen den Regierungsparteien geworden.

Die Sozialdemokraten, je mehr sie politisch und sozial in der Koalitionsregierung an die Parteien des Trustkapitals gebunden sind, brauchen um so dringender die Amnestie als ein Paradeplatz für die rechten Massen. Zugleich müssen sie vor der Arbeiterklasse zu rechtfertigen versuchen, warum sie in so schändlicher Weise im alten Reichstag die Amnestie zum Scheitern gebracht haben. Aus dieser höchst wichtigen Lage werden sie sich durch einen ebenso langwierigen wie niederträchtigen Anhang heraus, dessen Gegenstand eben die politischen Gefangenen des Proletariats sind.

Die Deutsche Volkspartei und auch das Zentrum, die Koalitionsgesparten der Sozialdemokraten, machen Schwierigkeiten. Das Zentrum, das überhaupt gegen eine Amnestie ist,

schließt die Deutschnationalen vor, ohne die es die Amnestie nicht bewilligen will. Die Deutsche Volkspartei wiederum will, gleich den Deutschnationalen, die Zementmörder in die Amnestie einschließen. Demgegenüber machen die Sozialdemokraten zusammen mit den Kommunisten den Kompromißvorschlag, die Zuchthausstrafen aller politischen Gefangenen, also auch der des Proletariats, soweit sie lebenslanglich sind, auf 15 Jahre herabzusetzen, und von diesen 15 Jahren die Hälfte verbüßen zu lassen. Ebenso sollen die anderen Zuchthausstrafen auf die Hälfte verkürzt werden.

Dieser sozialdemokratische Kompromißvorschlag, über den die Regierungsparteien sich bisher nicht geeinigt haben, bedeutet nicht die angelegentlichste Verbesserung der Amnestie gegenüber den Vorschlägen des alten Reichstages, deren Annahme die Sozialdemokraten verhindern haben; sondern im Gegenteil eine empfindliche Verschlechterung, denn nach jenen Vorschlägen sollte der noch zu verbüßende Teil der auf 15 Jahre beschränkten Freiheitsstrafen in Festungshaft umgewandelt werden. Ebenso sollten die nicht lebenslänglichen Zuchthausstrafen auf ein Drittel der erkannten oder bereits durch Gnadenakt ermäßigten Strafe beschränkt und in Festung umgewandelt werden. Danach wäre Margies ebenso wie Hoelz in Kürze freigelassen worden, während er jetzt, wenn die sozialdemokratischen Vorschläge Gesetz werden sollten, noch bis 1932 im Zuchthaus sitzen müßte. (!)

* Gegen diesen schamlosen Anhanghandel mit der Freiheit der politischen Gefangenen des Proletariats muß die Arbeiterschaft wie ein Mann aufstehen.

Sozialdemokratische Arbeiter, kämpft mit uns Kommunisten für die Befreiung der gefangenen Klassenbrüder, die auch Fleisch von eurem Fleisch und Blut von eurem Blut sind. Erinnert die linken Eckstein, Krumm, Ziegler an ihre Wahlversprechungen, erhebt den Druck auf die sozialdemokratische Reichstagsfraktion. Doch nicht nur die sozialdemokratischen Arbeiter, alle Proletarier ohne Unterschied der Partei müssen in diesen Tagen überall, wo sie zusammenkommen, im Betrieb, in der Gewerkschaft, auf der Straße, über die Amnestie sprechen und gegen die niederträchtigen Sabotagepläne flammenden Protest einlegen.

Vom Tage

Die Beratungen über die Amnestiefrage, die gestern zu keiner Einigung zwischen den bürgerlichen Parteien und der SPD. führten, sollen am Donnerstagsvormittag unter Hinzuziehung von Vertretern der deutschnationalen Fraktion weitergeführt werden.

Im Reichstag konstituierten sich nach Schluß der Vollzung am Mittwoch 17 Reichstagsausschüsse.

Nach Meldungen aus Athen hat Benizelos seine Bemühungen um die Bildung einer neuen Regierung abgeschlossen.

Aus Belgrad wird der Gesamttritt des Kabinetts gemeldet, heute beginnen die Verhandlungen mit den Parteiführern.

Oberschlesien

Die bürgerliche Presse zum Doppelner Stahlhelmaufmarsch

Nachstehend einige Auszüge aus den Heftungen der bürgerlichen Presse Oberschlesiens zum Doppelner Stahlhelmtag...

bei jungen einige Teilnehmer des Frontsoldatentages und ebenso ein Beamter der Schutzpolizei leichte Verletzungen durch Glasplitter...

diesen Worten nicht einmal Wasser brachte, war das für die Geschäfte...

Kreuzburg

Der „Sieg“. Auch die Kreuzburger Nordbanditen und Hems...

Die Güter-Banditen, deren Praxis es ist, wechsellösende Arbeiter...

Der Gohn des Holzhaders in Oppeln

Einen wahren Tropenkoller bekam am Schluß des Stahlhelmtages...

als in der Nähe von Groß-Strehlitz ein Hund plötzlich in das Motorrad...

Oppeln

Das 4. obererschlesische Gantreffen des Roten Frontkämpfer-Bundes...

Gemeinsame Versammlung des Roten Frontkämpferbundes und der kommunistischen Partei...

Als Kameraden und Partei sowie Jugendgenossen sind verpflichtet, zu erscheinen...

Heraus zum roten Treffen am Sonntag in Walschlau

Alle Ortsgruppen des Untergaues Neisse-Neustadt...

Versammlungskalender

Parteiveranstaltungen: Siedenburg, Donnerstag, den 5. Juli, 1928...

Gleiwitz Der Geschäftsführer der „Morgenpost“ verunglückt...

Die eigenen Stahlhelmkameraden überverteilt. Ein würdiges Mitglied des Stahlhelms...

Schauspielhaus Operettenbühne Breslau

Direkt aus der Fabrik Breslauer 35% p. Ltr. M. 2.10

Webwaren, Spezialität eigener Ausrüstung Wäsche und Konfektion

Bei Wilhelm Vogel kaufman Schuhwaren aller Art

Creme Leodor Vier wichtige Verwendungsmöglichkeiten:

Wir eröffnen heute in den früheren Räumen der Bodega Scheidnitzer Str. 19

Wichtig Wir weiß. 6. Bedari von Möbeln und Hausgerät

Damen- und Herren-HÜTE Teilzahlung O. Hauptfleisch, Ohlauer Str. 43

Möbel Küchen, kompl., 7-tlg. von 80.- Mk. an

Bei Sonnenbrand ist Creme Leodor ein wunderbar lindendes Mittel

Kurz-, Weiß-, Wollwaren Erwin Neumann Breslau, Klosterstrasse 115 / 117

Tassilo Krienke Zigarren-Spezialhaus Ritterplatz 10 Sternstr. 5/9

Bolksbund für Mutterchutz Ortsgruppe Riesa 08. Sonnabend, den 7. Juli, abends 20 Uhr

Der Leidensweg der Frau 53 218 u. 219 St. Str. G. U.

Elektrische Beleuchtungskörper, Heiz- und Koch-Apparate

Julius Dobschall, Schön Steinstraße 11

Krotdilstränen der Schachtfreunde

Die schlesische und ober-schlesische SPD-Presse an der Spitze der Sowjethege

Breslau, 4. Juli.

Je näher die Urteilsverkündung im Schacht-Prozess heranrückt, um so stärker schwillt das Geschrei der bürgerlichen Dekapresse gegen die Sowjetunion an. Wie bei der Erschießung der zwanzig russischen Großfürsten im Vorjahre spielt auch jetzt die Journalik Gist und Galle gegen den Genossen Krylenko und die Sowjetjustiz — ob wohl; wie die „Leipziger Volkszeitung“ hervorhebt, in einwand freier Prozesführung die Angeklagten der Verschwörung und der schweren Wirtschaftsabotage überführt sind.

Auch die schlesische und ober-schlesische sozialdemokratische Provinzpresse stimmt in den Chor der Decker ein, die ehe Ertrückung über bolschewistische Klassenjustiz marrieren. Die „Volks wacht“ vom Dienstag verfaßt einen Artikel „Militären“, der alles, was die bürgerliche Presse sich in den letzten Tagen an Beschimpfungen, Niedertracht und Verlogenheit gegenüber der Sowjet union geleistet hat, überbietet. Obwohl das Blatt zugeben muß, daß den Angeklagten aktive und passive Bestechung, Verbindung mit den früheren Bergwerksbestyrern und Sabotage des Wirtschaftsaufbaues nachgewiesen ist, behauptet sie mit der ihr eigenen „Logik“, daß die Bestechnisse auf Spitzelarbeit beruhen. Sie scheut sich nicht, unter „Verurteilung“ auf ein Leninwort — das selbstverständlich in einem ganz anderen Zusammenhang gebraucht wurde —, die Bolschewisten als blutdürstige Verbrecher zu verleumden, die aus innerpolitischen Gründen der Bestechung überführte arme Teufel in den Tod schicken wollen. Ueber diese „asiatische Barbarei“ erklärt das sozialdemokratische Blatt, habe es „aufgehört, sich zu entrichten“, es begründe sich — welche edle Selbstbeschreibung — diese Methoden „ge bührend zu verachten“. Umstritten mit dem ganzen Hochmut de generierter westeuropäischer Kulturfasanen, spucken die Herren von der SPD-Presse wieder mal vom fünften Stock auf die russischen Arbeiter und Bauern, die in zehn Jahren trotz Bürgerkrieg, Inter vention und jämmerlichster Erbschaft, die sie vom Zarismus über nommen haben, ihre sozialistische Wirtschaft aufbauen. Wichtig ist allerdings, daß die SPD-Presse in Schlefien wie andernorts mit ihrer Entrüstung zu sparen weiß. Wir erinnern daran, daß die tapfe ren sozialdemokratischen Redakteure, als es zwischen Schützengraben und dauernder Reklamation, zwischen Erfüllung proletarischer, re volutionärer Pflicht und Einschmelzen in die Front der Kriegswahnsin nigen zu wählen galt, sich für die sichere Arbeit in der Redaktions stube und die „Verteidigung des deutschen Vaterlandes“, d. h. für die Verteidigung der Großkapitalisten und Kriegsgewinnner ent schieden haben. Deshalb logen sie jede Schurkerei des deutschen Im perialismus in „deutsche Notwehr“ um. (Genau so wie die französische, englischen und belgischen die Schurkereien ihrer Kriegsver brecher verherrlicht haben.)

Schiller von der „Vergewaltigung“ schwelgte im patriotischen Kausch und verherrlichte den verhassten U-Boot-Krieg. Löbe, Darr, Wolf suchten wie die Hunde vor der Militärzensur, sie schweigend zu der Deportation von Tausenden belgischen Arbeitern verteidigten die vanbällischen, sinnlosen Bestrafungen, die der deutsche Imperialismus in Belgien angerichtet hatte. Kein Wort wagten sie gegen die Verurteilung der „Lusitania“ und andere Greuel. In feiger Angst vor der Militärzensur und dem Schützengraben sparten sie auch mit ihrer Entrüstung als das ungeheuerlichste Verbrechen der Weltgeschichte, die Ausrottung des armenischen Volkes von den Ver bündeten, des deutschen Imperialismus, begangen wurde. Sie über ließen es Karl Liebknecht, den sie als Herostraten und größtenwahnsinnigen Karren beschimpft hatten, in Wort und Schrift dieses Verbrechen anzuprangern. Es würde zu weit führen, wollten wir alle die Gelegenheiten anführen, bei denen die tapfere schlesische und ober-schlesische SPD-Presse mit ihrer Entrüstung ökonomisch umzugehen wußte. Hörlings Verbrechen in Oberschlefien, Ver hängung des Standrechtes gegen streikende Arbeiter, Niederknallung Streikender durch die Freiwilligenbänder, die Erschießung von 15 000 Arbeitern durch Koste, alles das hat die schlesische SPD-Presse be schönigt, wenn nicht verteidigt. Brauchen wir an die zweihundert ober-schlesischen Fememorde und das ägyptische Wort: Wo gehobelt wird, fallen Späne zu erinnern?

Bebel sagte einmal im Reichstag das Wort: Wenn in der Weltgeschichte ein Verbrechen erfolgte, dann hat sich immer ein Pfaffe gefunden, der seinen Segen dazu gab. Heute muß das Wort lauten: Alle Verbrechen, die gegen das revolutionäre Proletariat in den letzten 14 Jahren begangen wurden, haben die sozialdemokratischen Pfaffen gesegnet.

Die „Verachtung“ der wurzellosen Kleinbürger in den schlesischen sozialdemokratischen Redaktionsstuben bewerten wir daher als plumpe Schmierensöldiantentum. Ihre blöden Bemerkungen über die kommunistische Forderung nach Aufhebung der Todesstrafe in Deutsch land und die Gegenüberstellung der Todesstrafen in der Sowjetunion werden wir in einem besonderen Artikel behandeln.

Es ist natürlich kein Zufall, daß die SPD-Presse gerade jetzt in verstärktem Maße die Sowjethege betreibt. Als der getretene Laka der Deutschen Volkspartei und der von ihr vertretenen Großbourgeoisie muß sie auftragsgemäß auch die ideologische Vorbereitung des kommenden Krieges gegen die Sowjetunion übernehmen, jenes Krieges, der doch ein „Kreuzzug im Namen der Humanität“ gegen die „asiatische Barbarei“ sein soll. Zugleich aber soll die Späße der SPD-Presse dazu dienen, die Aufmerksamkeit der schlesischen und ober-schlesischen Arbeiter abzulenken von den ersten Taten der Müller-Curtius-Regierung, dem von Byzantinismus tiefenben Telegamm Müller an Hindenburg, von der Kohlenpreiserhöhung, von der Preisgabe aller Arbeiterforderungen, von der schändlichen Ver schleppung der Amnestie usw. Immer, wenn die sozialdemokratische Ministerherrlichkeit die Empörung der Massen auslöst, setzt die SPD-Presse mit der Giftpitze gegen die Sowjetunion ein. Auf die Dauer aber wird dieses so oft gebrauchte Rezept auch bei den ungeschultesten Arbeitern keine Wirkung verfehlen.

Deutschnationale Mauferung

Die Reichstagsfraktion der Deutschnationalen hielt am Montag eine vielstündige, ziemlich erregte Fraktionsführung ab. Bei der Wahl des Fraktionsvorsitzenden wurde Vektarj wiedergewählt. Stellvertretende Vorsitzende wurden die Abgeordneten Oberhoffen und Lindemeyer. Es verlautet, daß Oberhoffen die eigent liche Führung der Fraktion haben soll, während Vektarj nur der Lässigkeit halber als erster Vorsitzender formell wiedergewählt wurde.

Der Weg zur Macht

Was lehren 20. Mai, Regierungsbildung und Regierungsprogramm?

Von Erich Hausen, Breslau

Es war einige Tage nach dem 20. Mai. Das endgültige Wahl ergebnis lag vor. Der Verlust aller großbürgerlichen Parteien war in voller Größe sichtbar. Die Linksbewegung der Massen fand im Wachstum der SPD und der KPD ihren Ausdruck. „Zwölf Millionen sozialdemokratischer und kommunistischer Stimmen, über 40 Prozent aller abgegebenen Stimmen auf beide Parteien, das ist eine Bestätigung unserer Auffassung, daß der Sieg des Proletariats in Deutschland auf demokratischem Wege in den unmittelbaren Bereich der Möglichkeit gerückt ist.“ So argumentierten die sozialdemo kratischen Redakteure. Hätten wir in Deutschland nicht die kommu nistischen Quertreiber, die uns bei unserer aufsteigenden realpolitischen Reformarbeit ständig in den Rücken fallen, hätten wir eine einige deutsche Arbeiterklasse, wahrlich, wir wären bereits an jenem Punkte angelangt, wo wir gestützt auf mehr als 50 Prozent aller Wähler die reifliche Übernahme der Macht durch das Prole tarium verwirklichen könnten. Dann könnte endlich der große ent schließende Schritt ins Reich des Sozialismus angetreten werden. Warum also, so sprach der „Vorwärts“ und auch die schlesische und ober-schlesische SPD-Presse, soll das Proletariat Deutschlands so unernünftig sein, den soliden, durch den Wahlausgang vom 20. Mai erneut als gangbarer bestätigten Weg der demokratischen Machteroberung nicht zu gehen? Warum soll es den Weg gewaltsamer Auseinandersetzung, den Weg der Geschloßigkeit und des Verfassungsverbruchs beschreiten? Warum soll es den Weg opferreichen und hingebungsvollen Kampfes zur Diktatur des Prole tariats gehen, der doch mit tiefgreifenden politischen und wirtschaft lichen Erschütterungen verbunden ist, der nach den Jahren des Krieges, der Demobilisierungs- und Inflationskrisis doch vorerst der Arbeiterklasse neue Entbehrungen auferlegt? Welcher Arbeiter, so fragte die SPD-Presse weiter, sollte, wenn er die Wahl zwischen zwei Wegen hat, nicht den verhältnismäßig ruhigen, wenn auch etwas langsameren, aber doch weniger opferreichen und doch zum Ziele führenden Weg der demokratisch-parlamentarischen Machteroberung der Sozialdemokratie gehen? Bürgerkrieg; das ist der Weg der Kommunisten, und wer wollte sich für ihn entscheiden, nachdem der 20. Mai klar und unzweideutig dem Proletariat den demo kratischen Weg als gangbar, den Weg des Bürgerkrieges als ver zehrend und beweisend habe. So und ähnlich könnte uns aus dem sozialdemokratischen Blätterwald einige Tage nach dem 20. Mai entgegen. Und der sozialdemokratische Arbeiter glaubte, etwas jaghaft, aber dennoch, tiefen friedlichen Schalmern seiner Führer. Viele, viele Arbeiter meinten, damit sei über die KPD und den Weg der proletarischen Revolution das Urteil gesprochen.

Inzwischen sind einige Tatsachen eingetreten, die erneut die Auffassungen der Kommunisten erhärten, die sie gestützt auf die reichen eigenen Erfahrungen der Arbeiterklasse und die Lehren aus der Geschichte der Revolutionen, gewonnen; und dem Proletariat über mittelten. Nach noch so langem Hin und Her ist endlich eine Regierung gebildet worden. Diese Regierung ist eine solche der Großen Koalition. Ihr inzwischen veröffentlichtes Programm unterscheidet sich von dem der Bürgerblockregierung lediglich in der Sprache, keinesfalls im Inhalt. Das Kabinett der sogenannten „Persönlichkeiten“ unter scheidet sich von den früheren Regierungen der Großen Koalition lediglich dadurch, daß die Parteien, die die Grundlage für die Bildung der neuen Regierung abgeben, sich ihre Stellungnahme zur Regierung von Fall zu Fall vorbehalten. Dies trifft besonders bei der Deutschen Volkspartei zu. Dieser Unterschied, so unwesentlich er manchem erscheinen möge, ist jedoch von größter Bedeutung. Er besagt, daß das Kabinett der „Persönlichkeiten“, wie an dieser Stelle bereits nachgewiesen wurde, eine stärkere Unabhängigkeit gegenüber den Parteien des Parlamentes und eine stärkere Abhängigkeit gegenüber den außerparlamentarischen Organisationen der Trubbourgeoisie eingegangen ist. Die Tatsache, daß die Deutsche Volkspartei trotz ihrer

parlamentarischen Schwäche den gesamten Gang der Regierungs verhandlungen und das Regierungsprogramm selbst bestimmte, zeigt klar und eindeutig, daß diese Partei, hinter der die deutsche Bourgeoisie mit ihrer gesamten wirtschaftlichen Macht und ihren außerparlamentarischen Organisationen steht, den auf bürgerlich-demokratischem Wege zum Ausdruck gelangenden „Vollwillen“ einschränkt. So erklärt sich auch der Widerstand, daß der Linksradikal bei den Wahlen auf der anderen Seite zu einer Regierung führt, die in härtester Abhängigkeit von der Trubbourgeoisie steht, also das direkte Gegenteil des Wahl ergebnisses ausdrückt. Hier zeigt sich also, wie jeder scheinbare Sieg der Arbeiterklasse auf demokratischem Wege von seiten der Bourgeoisie zu einer Einschränkung der bürgerlichen Demokratie selbst führt. Das, was also die Kommunisten über den Wert der bürgerlichen Demokratie sagten, findet hier seine vollste Bestätigung. Die bürgerliche Demokratie ist nichts anderes als eine Illusion für die wirkliche und uneingeschränkte Ausübung der Herrschaft der kapitalistischen Klasse. Der demokratische Weg zur Macht offenbart sich als ein Weg des Betrugs der Arbeitermasse und als eine illusionäre Erfindung der sozialdemokratischen Führer, die ihren Weg zur Ergatterung von Pründern und Staatsposten betrügerischerweise, als den Weg des Proletariats zur Macht bezeichnen. So findet das Geschick der Sozialdemokratie vom friedlichen, allmählichen Wege der Machteroberung durch die Ereignisse und Tatsachen nach dem 20. Mai seine völlige Widerlegung. Dort, wo sie den Weg der demokra tischen Machteroberung in unmittelbarem Bereich der Möglichkeit sah, begann für die Bourgeoisie der Weg zur Einschränkung der Demokra tie, also der Weg zur Einschränkung des Weges der Sozialdemokratie zur Macht. Wenn die Bourgeoisie auf die Illusion Demokratie selbst noch nicht verzichtet, oder auf sie Verzicht leistet, so deshalb, weil sie eine entsprechende Sozialdemokratie besitzt, die ihr es bisher ersparte, den Weg der Ausübung der bürger lichen Demokratie in ihrem Klasseninteresse bis zu Ende zu gehen.

Für den sozialdemokratischen Arbeiter sollte die Lehre vom und nach dem 20. Mai Veranlassung sein, ernstlich über seine Partei und den Weg des Proletariats zur wirklichen Arbeitermacht nachzudenken. Die Vorstellung, daß es zwei Wege zur Macht gibt, muß er zu Grabe tragen. Die Auffassung, daß er nur dann den Weg zur Diktatur des Proletariats und der gewaltsamen Auseinandersetzung mit der Bourgeoisie zu gehen braucht, wenn die Bourgeoisie den demokratischen Weg verarmelt, ist ebenso falsch und verhängnisvoll. Wir Kom munisten haben genau so wenig Freude am Blutvergießen, wie der sozialdemokratische Arbeiter. Aber wir kennen unseren Feind, wir kennen seine Mittel und wir wissen, daß, um ihn zu besiegen, die Gewalt notwendig, die Diktatur der Arbeiterklasse zum notwendigen Gebot wird. Die Diktatur des Proletariats ist nicht, wie viele sozial demokratische Arbeiter glauben, das Endziel der kommunistischen Partei, wohl aber ist sie die unvermeidliche Uebergangsstufe zum Aufbau des Sozialismus und zur klassenlosen kommunistischen Gesellschaft. Die revolutionäre Gewalt ist die Geburtshelferin, sie hat die Aufgabe, die Geburtswunden der neuen, der proletarischen Ordnung abzuführen. Eine unterdrückte Klasse, die auf die Gewalt im Dienste ihrer fortschreitenden Idee verzichtet, verzichtet auf sie selbst. Ein Proletariat, das den Weg geht, den die Bourgeoisie durch Gesetz, Reglemente, Verordnungen ihm weist, verzichtet damit auf den Weg zu seiner Befreiung selbst. Der demokratische Weg, den uns die Bourgeoisie gehen heißt und zu gehen gestattet, ist deshalb kein Weg zur Macht, sondern ist der Weg einiger Führer vom Proletariat zur Bourgeoisie. Mögen die sozialdemokratischen Arbeiter am Bei spiel des 20. Mai diese Lehre ziehen und den Bruch mit falschen Vorstellungen vollziehen, und den Weg der Kommunisten, den einzigen Weg zur Arbeitermacht, zur Diktatur des Proletariats über die Zer trümmerung des bürgerlichen Staates beschreiten.

Den Hauptpunkt der Erörterungen bildete die Auseinandersetzung über den Artikel des Abgeordneten Lambach in der „Politischen Wochenchrift“ über die Frage des „Monarchismus“. Lambach hatte in diesem Artikel, wie wir berichteten, den Monarchis mus als überholt angesehen und verlangt, daß die Deutschnationale Partei sich nicht nur de facto, sondern auch grundsätz lich auf den Boden der Hindenburg-Republik stellen solle. Die Tat sache, daß Lambach etwas, was sich in der Deutschnationalen Partei praktisch längst durchzusetzen begann, nun auch ausgesprochen hat, erregte selbstredend so etwas wie einen Sturm im Wasserglas.

Nunmehr erklärte Lambach, daß er selbst überzeugter Monarchist sei und in seinem Artikel lediglich die „Werbung für den deutschnationalen Gedanken zu fördern“ versucht habe. Die Fraktion begnügte sich statt des geforderten Ausschlusses von Lambach lediglich mit der platonischen Erklärung, daß sie den fraglichen Artikel für „ungeeignet“ halte und „mißbillige“. Charakteristisch dabei ist nicht so sehr dieser lauschartige Schluß, als vielmehr die Tatsache, daß die Deutschnationale Partei sich überhaupt mit dem Problem der Annäherung an die Hindenburg-Republik zu beschäftigen be ginnen mußte.

Damit kennzeichnet sich der nicht unwichtige Prozeß der Mauferung der Deutschnationalen zu einer auch in der Theorie „Hindenburg republikanischen“ großbürgerlichen Partei, die der monarchistischen Romantik mehr und mehr entsagt.

Der griechische Generalstreik

Deportationsbefehl gegen die Führer der KP Griechenlands

Nach Meldungen aus Athen sind die Verhandlungen der Re gierung über eine Beilegung des Streiks der Labarbeiterschaft ge scheitert. Der Streikausbruch der Arbeiter hat nunmehr beschlossen, den Streik in ganz Griechenland anzuknüpfen.

Offenbar handelt es sich hier darum, daß die Reformisten, die bisher nur mit der „Proklamation“ oder vielmehr, da der Generalstreik längst Tatsache ist, Sanktionierung des General streiks gedroht hatten, jetzt erst unter der Wucht der Massenbewegung sich veranlaßt sehen, den Kampf offiziell zu sanktionieren, das heißt als Tatsache anzuerkennen.

Nach einer Meldung der „Times“ hat die griechische Regierung beschlossen, eine Anzahl der bekanntesten Führer der KP

Griechenlands nach den Ägäischen Inseln zu deportieren. Zur Begründung dieser Maßnahme wird erklärt, daß die Kommunisten die Arbeiter zur Aufnahme des Kampfes aufgehetzt hätten.

Die Regierungskrise in Griechenland ist noch ungelöst. Der Präsident Kondurotis wird mit der Neubildung der Regierung beauftragt. Man rechnet mit der Bildung einer Regierung Venizelos. Die monarchistische Presse veröffentlicht scharfe Angriffe gegen Venizelos und droht mit einem Staatsstreik für den Fall, daß er die Regierungsbildung übernehmen sollte.

Arbeiterspori

Achtung, Spartakiade-Interessenten

Alle Anfragen über die vom 12. bis 22. August stattfindende Moskauer Spartakiade sind nunmehr an Oswald Scheil, Breslau, Augustastr. 123, zu richten.

Freie Sportvereingung „1897“ Bogabteilung. Anläßlich ihrer Mitwirkung an einem Gartensfest des RSD, 6. Abt., am letzten Sonntag konnte die Abteilung vor mehreren Hunderten von Zuschauern ihre Trainingsarbeit demonstrieren. Boggyrnastik sowie Scheitpringen leiteten zu den Propagandaübungen über, die ohne Unterbrechung hart und fair durchgeführt wurden. Bogymannschaften werden auf den Anfängerkurs hingewiesen, der am Sonntag, dem 7. Juli, in der Turnhalle Brunnenstr. 12, bei Bohrauer Stra. 2, beginnt. Persönliche Meldungen dazwischen, schriftliche an den Abteilungsleiter K. Lohr, Sedanstr. 11.

Sonntag, 6. Uhr früh, Vereinskursausflug nach Rottwitz; Treffpunkt in der Halle des Hauptbahnhofes. Nachzügler 7,30 Uhr.

Freie Turnerschaft. 2. Männerabteilung. Alle Mitglieder haben 1,50 M. Fahrtgeld bis Freitag ab.

Sportklub „Perold“, Salsau. Freitag 19,30 Uhr. Kassenab sammlung bei Matwalb. Uebungsfunden jeden Dienstag und Donnerstag von 19-21 Uhr; Arbeitdienst jeden Mittwoch- und Freitag abend am Sportplatz.

Freiburg. Freie Turnerschaft. Sonntag, 10,30 Uhr. Abend nach Seitenorf zum Stiftungsfest vom Caspoff zum Fröhenberg. Reichliche Beteiligung wird erwartet.



Der größte Teil seiner Mitglieder in Petersburg nicht listet wird. Es gibt einen Teil Mitglieder, die seit März und noch länger keine Karten mehr erhalten haben. Seit der alte Kassierer Denkel fort ist, weiß niemand mehr, wo ein Kassierer zu finden ist. Wir glauben, daß es überhaupt angebracht wäre, sich die Zustelle Strohberg des Fabrikarbeiterverbandes etwas näher anzusehen.

Unterstützung der chinesischen Arbeiterbewegung. Der Volkskongress der Roten Gewerkschafts-Internationalen hat beschlossen, einen internationalen, vierzehn Tage dauernden Propagandaflug für die chinesische Arbeiterbewegung vorzubereiten. Die russischen Gewerkschaften kündigen die Ueberweisung von 100 000 Rubeln aus ihren Mitteln an das chinesische Proletariat an.

Um den Textilmanteltarif in der Pfalz. Dieser Tage fanden vor dem hiesigen Schlichtungsausschuss Manteltarifverhandlungen für die pfälzische Textilindustrie statt. Da eine Einigung zwischen den beiden Parteien nicht erzielt wurde, fällt der Schlichtungsausschuss einen Schlichtspruch, wonach der bisherige Manteltarif bis zum 31. Dezember 1929 wieder in Kraft gesetzt wird. Dieser miserable Schlichtspruch wurde von den Funktionären der pfälzischen Textilarbeiter-schaft einstimmig abgelehnt. Die Konferenz der Funktionäre fordern die Ablehnung des Schlichtspruches sowie die Einstellung sämtlicher Ueberstunden und der Schichtarbeit ab 1. Juli.

Was hat der Arbeiter?

Rauchende Schloten, Industrie,
Arbeiter dampfen, schwitzen wie Vieh.
Unternehmer fahren im Auto ins Bad.
Was hat der Arbeiter?...
Frage! nicht, was er hat!

Bongen vertellten Plündernde;
erschüttert durch Proletenhande.
Chef zum Auto läuft sich ein Motorrad.
Was hat der Arbeiter?...
Frage! nicht, was er hat!

Nacht Stunden Arbeit, harte Fron;
für ein paar Groschen, Hundelohn!
Das hat der Arbeiter, ist das genug?
Niemand, Proleten!
Das ist Betrug!

Wollt ihr es anders wie bisher,
Nicht mehr so kreuz und quer!
Hinein in die rote Partei!
Dann sollt ihr leben, in kurzer Frist
In eurer Welt mit Sklaverei!

Vaslin.

kapitalistischen Staat unterstützt und im Interesse dieses Staates die Gewerkschaften spaltet und zerbricht, der Schwächte die Arbeiterschaft und hilft dem Unternehmertum.

Es ist jetzt wirklich genug von dem reformistischen Schwindler der Wirtschaftsdemokratie geschwätzt worden. Die Arbeiter sehen selbst am besten, was die Wirklichkeit ist. Es ist jetzt notwendig, die politischen Kräfte zu konzentrieren, um im Kampf die Unternehmerrasserie zurückzuweisen.

Kassierer, wo bist Du?

Ein Arbeiter aus Petersburg i. Rsgb. schreibt: Wir richten hierdurch an den Fabrikarbeiterverband Strohberg die Frage, weshalb

Vormarsch der Opposition im DDB.

Die ersten Resultate der Delegiertenwahlen

Aus folgenden liegen folgende weitere Teilergebnisse vor:

Freiburg: Affert (Opposition) 207, Kruschke (Erfakmann) 19 Stimmen. Die Kandidaten der SPD. zusammen 88 Stimmen.

Mosby: Zwei Sozialdemokraten 40 und 14 Stimmen. Girsch (Opposition) 160 Stimmen. Ungültig 9 Stimmen.

Schweidnitz: Girsch (Opposition) 435 Stimmen. Beide reformistischen Kandidaten zusammen 24 Stimmen. Ungültig 8 Stimmen.

Aus dem Reich werden folgende Resultate gemeldet:

Ort	Opposition		Reformisten		Delegierte der Opposition
	1924	1928	1928	1928	
Berlin	13 625	22 112	10 195	17 899	22 (Teilergebnis)
Gotha	212	316	38	30	1
Dresden	1 651	4 076	2 001	9 285	—
Leipzig	3 366	3 798	4 114	6 716	—
Düsseldorf	875	1 296	1 048	1 531	—
Essen	1 194	1 330	1 152	1 544	—
Bochum	511	438	509	658	—
Berne	95	114	95	139	—
Gelsenkirchen	511	272	500	601	—
Barmer	343	425	564	622	—
Solingen	2 065	4 055	142	1 189	4
Oppaden	378	455	64	73	1
Kempe	227	657	344	360	1 (Teilergebnis)
Halle Reformist. waren zu schwach, eig. Liste aufstell. 2					
Bremen	648	811	1 628	2 548	—
Krefeld	61	86	193	183	—
M.-Glückbach	283	386	69	132	—
Stettin	455	450	927	927	—
Lorgelom	480	537	33	50	—
München	773	551	1 011	2 088	—
Köln		1 509		3 800	— (Teilergebnis)

(Die Opposition hat in Köln zum erstenmal eigene Liste aufstellen können.)

Diese bisher festgestellten Resultate sind nur ein kleiner Teil des Gesamtergebnisses. Immerhin zeigen sie im allgemeinen einen Vormarsch der Opposition, wenn auch schwache Punkte vorhanden sind.

Hervorstechend ist der große Erfolg in Berlin. Seit 1926 haben sich die Stimmen der Opposition von 13 625 auf 22 112 Stimmen erhöht. Die Reformisten sind mit über 4000 Stimmen überhoft. Das ist der beste Beweis dafür, daß die reformistische Ortsverwaltung in Berlin, die sich nur noch durch dreifache Wahlschun-

gen im Amt halten kann, die Mehrheit der Berliner Metallarbeiter gegen sich hat. Das ist auch die beste Illustration der „Demokratie“ im DDB.

Die ersten Resultate zeigen ferner, daß die Opposition gerade in wichtigsten Industriegebieten auf dem Vormarsch ist.

Die Wahlbeteiligung war eine verhältnismäßig sehr hohe. Dieses erhöhte Interesse der Metallarbeiter am Verbändeleben ist wesentlich dem Wirken der Opposition zuzuschreiben, die die gewerkschaftlich organisierten Massen zum Kampf gegen Unternehmertum und Reformismus mobilisiert. Es ist selbstverständlich, daß auch die Reformisten bei dieser Wahl alles einsetzten, um den letzten Mann an die Urne zu bringen, der noch hinter ihnen folgt. Ueber die von den Reformisten dabei angewandten Methoden wird noch mancherlei zu sagen sein.

Sobiel steht heute schon fest: Die Opposition hat den reformistischen Antikommunismus unerschütterlich bestanden. Der Wahl voraus gingen Massenaufläufe, Absetzung ganzer Ortsverwaltungen, Terror bei der Aufstellung der Kandidaten und ein Krommenseuer von Drohungen und Verleumdungen. Die Opposition kämpfte unter klaren revolutionären Lösungen gegen die Reformisten, sie führte den Wahlkampf auch unerschrocken gegen die Einführung der Invalidenversicherung, obwohl es den Reformisten gerade in diesem Punkt möglich war, manchen älteren Metallarbeiter zu verwirren. In dieser Sache mußte die Opposition gegen den Strom fließen, doch das wird um so reichere Früchte tragen, wenn die Mehrzahl der Metallarbeiter eingeschlagen hat, daß die Einführung der Invalidenversicherung nur ein Hemmnis für eine Kampforganisation ist.

Genau sind auch einige besonders wichtige Punkte vorhanden. Das muß für die Kollegen der Opposition der Anfang sein, ihre bisherige Arbeit zu überprüfen und sich noch stärker zum Kampf gegen den verberblichen Reformismus zusammenzuschließen.

Die politische Bedeutung der Metallarbeiterwahlen ist außerordentlich groß. Nach dem 20. Mai beaupteten die Reformisten laubad, laubad, daß sich die Wähler der kommunistischen Partei aus dem gewerkschaftlich unorganisierten zusammensetzten und daß die freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter fast restlos für die SPD stimmten hätten. Obwohl nur wenige Arbeiter diesen Unsinn glaubten, ist jetzt das Gegenteil wieder einmal offenkundig nachgewiesen. Auf Grund der Verbandswahlwahlen kann schon heute festgestellt werden, daß unter den kommunistischen Wählern sich ein größerer Prozentsatz freigewerkschaftlich organisierter Arbeiter befindet, als unter den SPD-Wählern. Die Klassenbewußte Opposition in den Verbänden ist eine unbewindliche Macht geworden, sie wird ermutigt, mit gesteigerter Energie gegen den Klassenverräterischen Reformismus, gegen die Spaltungskampagne und die Koalitions-politik der SPD-Führer kämpfen.

Nicht eure Anträge zum DDB-Kongress ein!

Es ist nur noch bis zum 7. Juli Zeit

Laut den geltenden Bestimmungen können Anträge zum DDB-Kongress in Hamburg nur noch bis zum 7. Juli eingereicht werden. Diejenigen Gewerkschaftsmitglieder, die beabsichtigen, noch Anträge einzubringen, müssen dies unverzüglich tun. Die Anträge können entweder direkt bei den Ortsvereinigungen oder in gewerkschaftlichen Versammlungen eingereicht werden. Notwendig ist, daß die Anträge bis zum 7. Juli in Händen einer DDB-Kommission sind.

Leipziger sagt:

Wirtschaftsdemokratie

Die Unternehmer antworten:

Lohnabbau

Nach dem Bericht der neuesten „Gewerkschaftszeitung“ hat Leipzig auf der Jahresstagung des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine in Dresden ausgeführt, daß auf dem DDB-Kongress die Wirtschaftsdemokratie das Hauptinteresse zugewendet werden wird.

In derselben Nummer der „Gewerkschaftszeitung“ ist ein Brief von der Tagung des „Bereins zur Wahrung der gemeinwirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen“ enthalten. Auf dieser Unternehmertagung erklärte der Generaldirektor Reusch, daß die Wirtschaft keine Wohlstandsmittel sei, daß die sozialen Leistungen abgebaut werden sollen, daß man den „stärkeren Zigarettenverbrauch“ der Arbeiter unmöglich machen müsse, usw. Reusch schloß mit den Worten:

„Auch der Gedanke wird erzwungen werden müssen, ob an den bisherigen Organisationsformen festgehalten werden kann. Wir stehen ohnehin so sehr im Kollektivismus und müssen dem Individualismus wieder mehr Spielraum geben.“

Damit ist gemeint, daß die Unternehmer wieder einen Vorstoß in der Richtung der Werkverträge unternehmen wollen. Um dabei nicht über gesetzliche Zwangsmaßnahmen zu stolpern, denken sie an eine Schenkungs- oder Suspensionsierung ihrer Fachorganisationen, um so in den einzelnen Betrieben besser die Werkverträge durchzuführen zu können. Der zentrale Zusammenstoß der Unternehmer soll aber in Wirklichkeit noch freier werden, in ihrer zentralen Stellenausschüsse liegen ohnehin noch große Summen. Als ein Hauptziel der Unternehmerrasserie bezeichnete die „Deutsche Arbeiterzeitung“ den direkten Lohnabbau, für den eine immer stärkere Propaganda gemacht wird.

Das heißt nicht gerade nach „Wirtschaftsdemokratie“ aus.

Es ist in der Tat grotesk, daß die SPD-Führer ihre Schwindeltournee immer weiter ausspannen, währenddem die Unternehmer dazu rufen, um einen Angriff gegen den kollektiven Arbeitsvertrag für den Werkstarif, das heißt das Werklohn, mit dem Ziel der Ausschaltung der freien Gewerkschaften zu machen. Dabei behaupten die Unternehmer die wunderbaren „Anfänge der Wirtschaftsdemokratie“, um ihrem Ziel näher zu kommen. Mit freudiger Begrüßung die „Deutsche Bergwerkszeitung“, daß das Bundesarbeitsgericht in Leipzig die gleichen Werkverträge für tariflich erklärt hat. Also auch das Arbeitsgericht, dem die SPD zugestimmt hat, ist nur ein Werkzeug des Kapitals, um die Unternehmerrasserie zu stärken.

Es ist eben reiner Schwindler, wenn behauptet wird, daß die Organe des kapitalistischen Staates dazu dienen könnten, die Macht der kapitalistischen Klasse einzuschränken. Die Organe des kapitalistischen Staates sind Organe des Kapitals. Die Unternehmer verstärken ihre Macht, indem sie ihre Organisationen verstärken und ihre Unternehmerrasserie weiter treiben. Das Vorhandensein einer riesigen Arbeiterpartei, die gerade durch die kapitalistische Rationalisierung erhalten bleibt, wird von den Kapitalisten rücksichtslos ausgenutzt.

In dieser Situation gibt es für die Arbeiterschaft nur einen Weg: Sie muß ihre Organisationen ebenfalls verstärken, ihre Kraft durch Kampfhandlungen ihrer Organisationen verdoppeln und rücksichtslos den Klassenkampf führen, wobei die Organe des kapitalistischen Staates als seine eigenen Organe erkannt werden müssen. Wer aber heute von „Wirtschaftsdemokratie“ sagt und Wirtschaftsdemokratie predigt, wer den

Bergarbeiter- gegen Fabrikarbeiter-Verband

Ein schwarzes Kapitel reformistischer Führung — Warum die Arbeiter Niederlagen erlitten

Bei der kürzlich abgeschlossenen Lohnbewegung der Kaliarbeiter, die mit einer Niederlage der Arbeiter endete, kam es zu einem unerhörten Skandal, der alle deutschen Arbeiter angeht.

Die Leitung des Fabrikarbeiterverbandes, die dafür berüchtigt ist, daß sie mit den übelsten Methoden das Selbstbestimmungsrecht der Mitglieder unterdrückt, will in allen Industriezweigen und Produktionsgebieten als Vertragskontrahent beteiligt sein. Selbst dort, wo die Führer des Fabrikarbeiterverbandes nur einen geringen Prozentsatz der Mitglieder haben, versuchen sie die Führung an sich zu reißen. Um das Wohlwollen und die Anerkennung der Unternehmer zu erzielen, kommen sie bei diesen Verhandlungen den Unternehmerrasserie in dem weitesten entgegen. Daß dies keine Verleumdung ist, hat sich bei der Lohnbewegung der Kaliarbeiter, an der außer anderen Organisationen auch der Bergarbeiterverband beteiligt war, deutlich gezeigt.

Bei den Vorverhandlungen hatten nun die Vertreter des Bergarbeiterverbandes erklärt, daß sie, um den Fabrikarbeiterverband, der unter keinen Umständen kämpfen oder sich auf eine Lohnbewegung mit einem festen Ziel festlegen wollte, nicht allein abhelfen zu lassen, gleichfalls entschlossen seien, abzuschließen, selbst „wenn die Bergarbeiter keinen roten Pfennig belommen“. Der Fabrikarbeiterverband verstand nun ein Rundschreiben, in dem er die Stellungnahme des Bergarbeiterverbandes ausnützte, um die Mitglieder des Bergarbeiterverbandes zum Uebertritt zum Fabrikarbeiterverband zu veranlassen.

Der Bergarbeiterverband antwortete mit einem zweiseitigen Flugblatt, dessen Kernstelle folgende Charakterisierung des Fabrikarbeiterverbandes enthält. Es heißt dort:

„Das erwähnte Rundschreiben des Fabrikarbeiterverbandes, welches aus vertraulichen Verhandlungen tendenziös falsch berichtet, dürfte das Uebelste darstellen, was bisher in der Gegenüberbeziehung des Arbeiters gegen den Arbeiter geleistet worden ist.“

Am Schluß des Flugblattes wird hinzugefügt:

„Der Fabrikarbeiterverband hat sich bisher bei allen Verhandlungen nur als Feind des Fortschrittes bewiesen. Es wird höchste Zeit, energische Zeit, daß ihr aus diesem Arbeiter-

schädlichen Treiben, welches nur dauernd bemerkt ist, die einheitliche Kampffront der Arbeiterschaft zu zerreißen, schnell, aber sehr schnell die Schlussfolgerungen zieht. Bei den zukünftigen Kämpfen um Verbesserung der Löhne, um Verkürzung der Arbeitszeit, um Ausgestaltung der Sozialversicherung, wird sich der Fabrikarbeiterverband ebenso als Hemmnis erweisen wie bisher.“

Das, was hier die Führer des Deutschen Bergarbeiterverbandes über den Fabrikarbeiterverband schreiben, stimmt Wort für Wort überein mit der Kritik, die wir seit Jahren über das Uebel der Bergarbeiterverbandes-Führer ist aber zugleich die Charakterisierung auch der reformistischen Führung im Bergarbeiter-, Holzarbeiter-, Metallarbeiter-, Eisenbahner-, Textilarbeiterverband und allen anderen freigewerkschaftlichen Organisationen. Ganz ungewollt hat der Bergarbeiterverband in seinem Flugblatt aufgezeigt, warum die Trübsandgeister und die Unternehmer so leichtes Spiel haben, und warum die Arbeiter eine Niederlage nach der anderen erleiden. Der Bergarbeiterverband unterstreicht, daß nicht die Kommunisten die Kampffront der Arbeiter schwächen, sondern daß die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer selbst sich bemühen, die einheitliche Kampffront der Arbeiterschaft zu zerreißen.

Jeder Arbeiter muß ein paar mal den Satz lesen, in dem es heißt: „dürfte das Uebelste darstellen, was bisher in der Gegenüberbeziehung des Arbeiters gegen den Arbeiter geleistet worden ist.“

Jeder Arbeiter wird begreifen, daß man mit solchen Führern an der Spitze nicht rechnen kann. Ueberall müssen die Arbeiter auf Grund des Schuldbeschlusses der Gewerkschaftsführer dafür sorgen, daß diese Leute entfernt werden. Die revolutionären Arbeiter in den Verbänden müssen alle Mitglieder, die den ehrlichen Willen haben, die Organisationen wieder kampffähig zu machen, um die Fahne der Opposition sammeln und die Führung der Kämpfe um menschenwürdige Löhne und Verkürzung der Arbeitszeit selbst in die Hände nehmen.

Breslau

Was bringt die Koalitionsregierung?

Grosse öffentliche Versammlung Heute 20 Uhr im „Zentralbaisaal“, Westendstr. Referent: Erich Hausen

Klassengenossen! Erscheint restlos zum Protest!

Sturmverwüstungen!

Der gestrige Sturm hatte einen ungeheuren Gewalt. Er richtete überal großen Schaden an. Besonders gefährdet waren die Häuser...

Dampferausflug. Am kommenden Sonntag veranstaltet die Ortsgruppe Breslau des Internationalen Bundes der Opfer...

Von der Feuerwehr totgefahren. Dienstag gegen 12 Uhr geriet die Arbeiterin Bursian, wohnhaft Westendstraße 61...

Wieder ein Opfer der Ober. Der Rittschüler M u s l a w e aus Katibor besuchte am Dienstagabend eine hiesige Schwimmhalle...

Kriminalistische Wochenschau. In der Zeit vom 24. bis 30. Juni wurden 87 Personen in das hiesige Polizeigefängnis eingeliefert...

Das Finanzamt Breslau-Nord teilt mit: Wegen Vergehens gegen die verschiedenen Steuergesetze, insbesondere wegen Steuerhinterziehung...

Neumarkt. Noch ein eiserner Gustav. Dieser Tage passierte der Droschkentischer Johann Klein aus Marienburg...

Kommunalspolitische Linie der SPD: Erprobungsvoruche an den Kommunisten

Einige notwendige Bemerkungen über die Kommunalspolitik in Breslau

Breslau, 6. Juli.

In der letzten Sitzung des Staatsausschusses der Stadtverordneten, die, wie wir bereits berichteten, sich mit der Wirtschaftsbeihilfe an Erwerblosse beschäftigte...

Die Sozialdemokraten haben davon lange nichts mehr hören lassen. Vor Wochen hat Herr G a s t e in den kommunistischen Vorschlag auf Einberufung einer gemeinsamen Sitzung von SPD und SPD mit dem Hinweis auf „spätere Entschlüsse“ zu umgehen versucht...

die SPDsten verlangten Zustimmung zur Erhöhung der Gewerbesteuer um 125 Prozent vom Ertrage (auf 615 Prozent also), und um 250 Prozent vom Kapital (auf 1180 Prozent).

Mit dieser recht plumpen Methode, die man natürlich noch weiter ausbauen und in Zukunft in allen ähnlichen Situationen anwenden will, soll den Kommunisten für möglichst viel Dinge die Verantwortung zugeschoben werden.

Ohne auf die Gewerbesteuer für heute näher einzugehen, und ohne im einzelnen darzulegen, daß durch Anträge an Reich und Staat neue Quellen kommunaler Einnahmen erschlossen werden können...

Versammlungskalender

- Parteiveranstaltungen Breslau. — Stadtteil Ost. Donnerstag 19,30 Uhr Auftreten bei Wölff. — Stadtteil Süd. Donnerstag 18,30 Uhr bei Zanke Auftreten...

- Jung-Spartakus-Bund Breslau. — Nord. Donnerstag 17-19 Uhr Heimabend. „Stadt Ramsau“. Gölzig. Donnerstag 17,30 Uhr kommt jeder Quartier nach dem Christoph-Lübbers-Platz.

PASSAGIERE DER III. KLASSE Roman von Kurt Kläber

Kurz, der Schotte schlug sich auf die Schenkel, „es dauerte im ganzen ungefähr drei Monate, bis die Stadtväter und der Sheriff...

den die Ratten angerichtet hatten, so klein wie möglich anzugeben. Die Scheunen, die niedergebrannt waren, sollten baufällig gewesen sein...

mit einigen von ihnen getippelt. Zuletzt in Kalifornien. Sie haben ein weißes Fell und lange Fingernägel. Sie sprechen in allen Sprachen der Welt...

Zum Alltag u. zum Feste bleibt Christ's Brot doch das Beste!

Waldenburger Bergland

Neue Bergarbeiterentlassungen

Ein Bergarbeiter von den Fürstener Gruben schreibt und berichtet am 15. Juni wurde bei uns etwa 20 Ubertagearbeitern ge-
kündigt. Am 30. Juni hat eine Reihe weiterer Arbeiter
denfalls die Kündigung erhalten. Als Entlassungsgrund wird Ver-
tragsauflösung angegeben. Die Entlassenen werden mit dem Hin-
weis auf die Unternehmern vertröstet, bei denen sie angeblich Beschäfti-
gung finden sollen. Aus Erfahrungen weiß man jedoch, daß diese Ver-
spruchungen nur zum geringsten Teil in Erfüllung gehen werden.

Den Waldenburger Grubenbesitzern wurden von der Regierung
16 Millionen geschenkt. Mit diesem Gelde sollten sie ihre Betriebe
rationalisieren. Die sozialdemokratischen Führer, mit Hoffmann und
Wendemuth an der Spitze, begründeten diese Maßnahme der Regierung.

Nach der Stilllegung der Abendrothgrube in Rothenbach und der
Vittorgrube in Gottesberg stellen sich nun die weiteren Folgen der
Nationalisierung ein. Statt Lohn-erhöhung, die von den
Unternehmern versprochen, und was von den reformistischen Gewerk-
schaftsführern geglaubt wurde, gibt es Arbeiterentlassungen.

... Trotz Koalitionsregierung, trotz des sozialdemokratischen
Arbeitsministers Wißel.

Was tun die sozialdemokratischen Führer? Zu den Entlassungen
auf der Fürstener Grube schreibt die „Vergewalt“:

„Es wäre recht und billig, wenn von der Grubenverwaltung
dafür gesorgt würde, daß die Entlassenen bei den Unternehmern
eingestellt werden. Können wir, daß das Verdrämte vom Arbeits-
amt oder von den einzelnen Kommunen nachgeholt wird.“

Nach wie vor Hoffnungen und Wünsche. Von Hoffnungen
und Wünschen werden weder die noch in Arbeit Sichenden noch die
Entlassenen satt.

Notwendig ist, den Kampf um die Einführung der Sieben-
Kundensicht im Bergbau und des starren Achtstunden-
tages über Tage zu organisieren.

Sozialdemokraten ab 1918 bis heute

(Arbeiterkorrespondenz)

Das Revolutionsjahr 1918 war für die kapitalistische Klasse ein
Jahr, wo sie Angst und Sorge hegten, enteignet und vertrieben zu
werden. In dieser Not, in der die kapitalistische Klasse lebte, erschien
ihnen ein Retter. Und dieser Retter war die einstmalige stolze, zu Webers
Zeiten gewesene Arbeiterpartei, die SPD. 1918 erwies sich diese
SPD schon unwirksam, die kapitalistische Klasse zu stützen und die
Revolution zu einem siegreichen Ende zu führen. Wie ein Blick aus
weiterem Himmel riefen diese stolzen SPD-isten die Republik ohne
Blutvergießen aus und sahen sich als regierende Männer an die
Spitze. Sie waren aber zu feige, die ausdauernden Drohen aus dem
Völkervolk zu entfernen. Lieber liegen diese Helden die arbeitenden
Menschen von diesen Drohen aufessen, um ein gutes Geschäft für sich
herauszufischen. Der Arbeiterchaft gaben sie blaue Wunden zu freffen
und erwarteten sich so die Günter der kapitalistischen Klasse, und statt
Gegner waren sie auf einmal Freunde geworden. Sie reicheten sich
friedlich die Hände und gelobten, der Arbeiterchaft Fesseln anzulegen,
um so den Aufstieg der Arbeiterklasse zu verhindern. Sie haben die
Arbeiterklasse verraten und verkauft und sich als Steigbügelhalter an
die Seite der kapitalistischen Klasse gestellt.

Trotz dieses Liebesdienstes, den die SPD der kapitalistischen
Klasse erwies, war sie gezwungen (nämlich die Regierung), fluchtartig
am 13. März 1920 Berlin zu verlassen. Die Kadetten verlangten der
Kadett Eberts sowie Noskes. Um gutes Wetter konnte man nun nicht
mehr bitten, und um Ruhm, Ehre und Pensionsberechtigung zu retten,
wurde der sonnige Eiden als Aufenthaltsort genommen. Nun konnten
sie in aller Ruhe die Sache für Kapu jähelien und so die Arbeiterchaft,
die sich gegen die Kadetten zur Wehr setzte, niederknuppeln. Und so
ging ihr Verrat an der Arbeiterklasse immer weiter und tiefer. Der
Arbeiterklasse fehlte in jener Zeit eine starke kommunistische Partei.
Diese Regierungsbefehlshaber lachten immer mehr den Anblick nach
rechts, und als Ebert, der Reichspräsident, auf Nimmerwiedersehen
verchied, da wollten sie einen früheren Gegner als Reichspräsidenten
auf den Thron setzen. Sie schämten sich nicht einmal, die Klassen-
bewußte Arbeiterchaft auszuforschen, ihre Stimme dem Zentrum-
reichspräsidenten kandidaten Marx zu geben. Und so segelten sie
allmählich aber sicher in das Jahrmohr der Koalition mit den bürger-
lichen Parteien hinein und landeten schließlich an der Seite eines
willhelminischen Generals, des jetzigen Reichspräsidenten von Hinden-
burg. Diesem Hindenburg, dem der arbeitervordenbe Weltkrieg wie
eine Wadefar bekam, überbrachten Noske, Hörsing und Jürgelbel Ge-
burtsstagsgratulationen. Dieser Hindenburg prägte 1905 die Worte:
„Ich will, daß jeder deutsche Arbeiter nach dem Kriege sein eigenes
Häuschen besitzt.“ Und dieses eigene Häuschen hat die Arbeiterklasse
heute in Gestalt von Rationalisierung, Mietwucher, Steuern, Zölle
usw. mit Hilfe dieser Koalitionsregierenden SPD.

Es sind bereits zehn Jahre, in denen diese SPD-isten an dem
„Volkswohl“ gearbeitet haben. Und wie sieht dieses Volkswohl der
SPD-isten aus? Oberdaraus stehen die Modinframente, dann kommen
Hungerlöhne, Mietwucher, Zollwucher, Ermächtigungsgesetz, Reichs-
schulgesetz, Konordat, Schlichtungsschwindel, Schund- und Schmutz-
gesetz, Fürstenabdindung, Streikverbot und -abwürgung, Klassenjustiz
und schwarze Reichswehr, Amnekie-Ablehnung usw. Dieses alles sind
„Ergänzungsgesetze“ der Arbeiterklasse, die mit Hilfe der SPD-isten
zustande gekommen sind. Deshalb wird es einmal Zeit, daß Ihr,
sozialdemokratische Führer und Mitglieder, dieser verräterischen Ar-
beiterpartei den Fußtritt versetzt, daß Ihr eure fünf Sinne in Be-
wegung setzt und über Eure Lage nachdenkt. Schaut nach Ausland,
dort hat die Regierung für die Arbeiterklasse den siebenstündigen
Arbeitstag eingeführt, und hier in Deutschland können diese SPD-iter
warmer für eine verlängerte Arbeitszeit. Sie malen Euch den Ach-
tundenstag nur auf dem Papier, dieses liegt ruhig und still und macht
sich nicht. Aber in den Geheimkammern verhandeln sie mit den Kapi-
talisten, wie sie Euch auf dem leichtesten Wege an die Kapitalisten
letzen können.

Oberes Revier

Korbereitung zum Gewerkschaftsfest. Der Festausflug gibt be-
kannt: Am Freitag, dem 6. Juli, findet um 17 Uhr im Schützenhaus
in Gottesberg eine wichtige Sitzung der Gewerkschaftsvorstände sowie
des Festausfluges des Gewerkschaftsfestes statt. Ich bitte, in An-
betracht der wichtigen Tagesordnung, daß alle Vorstände der Gewerk-
schaften vertreten sind. — Der Festausflug J. A. E. Strimmetz.

Gottesberg Kinderfest. Am Sonntag fand das Kinderfest
von der Wöllischen Schule statt, welches vom schönsten Wetter be-
günstigt war. Lehrer und Kinder waren vollständig erschienen und auch
die Eltern waren zahlreich beteiligt. Vom Schloßhof als Sammel-
punkt bewegte sich der tolle Zug mit Kapelle durch die Stadt bis nach
Ober-Gottesberg in Friedlands Gasse. In dem schönen Garten
herrschte bei Musik ein sehr lustiges Leben und Träumen. Sämtliche

Kinder erhielten Kaffee mit Gebäck, desgleichen Würstel und Semmel.
Den Abschluß des schön-verlaufenen Kinderfestes bildete beim Eintritt
der Dunkelheit der Fackelzug. Geschloffen ging es wieder mit Musik
noch einige Lieder und hierauf folgte eine Ansprache von Seiten des
Rektors Schröder sowie des Vorsitzenden der Freien Elternvereini-
gung, Schulfreund Stenzel. Sie ermahnten die Anwesenden, un-
ermüdetlich Agitatoren für die freie Wöllische Schule zu sein.

Freiburg

Der „Bote“ verhöhnt die Erwerbslosen. In der letzten Stadt-
verordnetenversammlung fanden auch verschiedene Forderungen der Er-

Niederschlesien

Sturm- und Gewitterschäden auch in Niederschlesien

Die durch den plötzlichen Einbruch kühlerer Luftmassen in die
tropisch heiße Luft hervorgerufenen gewitterartigen Böen brachten
gestern über ganz Schlesien orkanartige Stürme. Von starken Ge-
wittern wurde das Riesengebirge heimgeführt. Im nieder-
schlesischen Flachland wälzten sich schon vormittags zwischen 10 und
11 Uhr sturmgepeitschte, schwarze Wolkenwände am Himmel entlang.
Die Temperatur stürzte sich außerordentlich rasch ab. Überall sind
schwere Schäden zu verzeichnen.

Görlitz

Das Gewerkschaftsfest. Die in den letzten Tagen eingetretenen
Hize hat schon verheerend auf die Gehirne der „Volkzeitung“-
Redakteure gewirkt. Geipenstern tauchten vor ihnen auf; Baum-
gart soll sogar in der Nacht aus dem Bett gefallen sein, natürlich
vor Schreck. Durch den Nürnberg-Trichter ist ihnen eingegeben
worden, daß sich die Kommunisten an dem Umzug mit eigener Ka-
pelle beteiligen wollten. Allerdings — es ist nicht so gekommen.
Wievielmal habt ihr auf der Luisenstraße schon die Posten voll-
gehabt? Wievielmal wurden in den ersten Jahren der kapitalisti-
schen Republik die Betriebsvertrauensleute zusammengetrommelt,
weil es bei irgendeinem im Kopfe nicht ganz richtig war? Einmal
kam Spartakus und wollte die „Volkzeitung“ „plündern“, dann
jollten Versammlungen gespart werden, persönlicher Schuß mußte
einzelnen „Führern“ zugeteilt werden usw. Die Kumpels opfert
ihre ganze freie Zeit, und alles erwies sich als elender Schwindel.
Die persönliche Angst einzelner „Größen“ war es, und so war es
auch dieses Mal vor dem Gewerkschaftsfest. Diese armseligen Ge-
schöpfe wollten damit Arbeiter gegen Arbeiter aufputschen. Nun das
Gewerkschaftsfest selbst. Es war, gemessen an der Stärke der Ge-
werkschaften, ein schwacher Aufmarsch; einzelne Organisationen fehlten
ganz. Jeder Klassenbewußte Arbeiter muß es ablehnen, hinter
den schwarzrotgelben Fahnen herzuläufen. Die reformistischen
Führer hatten es nunderbar verstanden, den Zug nach „ihrem Ge-
schmack“ auszugestalten. Hätten die Sportler nicht die roten Fahnen
mitgebracht, so hätte das Rot, die Farbe der Arbeiterchaft fast ganz
gefehlt. Hugo Eberle ging mit einer knallroten Kelle im Knopf-
loch. Hoffentlich haben es seine Koalitionsbrüder nicht gesehen! Der
gestreichte Waiserrat und Vorkarbeiter von der Wallstraße mußte
auch nach im Umzuge seinen Kollegen plausibel machen, daß er Frauen
einstellen mußte, um verheiratete Familiendäter aus der Arbeit zu
bringen. Der Redakteur Baumgart war mit einmal Metall-
arbeiter geworden. Sie waren ihm doch sonst immer so verhasst!
Alles in allem eine Veranstaltung, der jeglicher Kampfcharakter fehlte.

Steigende Arbeitslozenzahl im Landkreis. Die Zahl der Haupt-
unterstützungsempfänger, die am 15. d. M. auf 329 zurückgegangen
war, stieg in den letzten beiden Wochen wiederum bis auf 308 an.

Platzkonzert. kommenden Sonntag findet auf dem Nikola-
graben in der Zeit von 11—12 Uhr ein Platzkonzert der KJB-
Kapelle Görlitz statt. Dasselbe wird zugunsten der Sammlung der
Arbeiter-Samariter ausgeführt. Arbeiter von Görlitz,
erscheint zahlreich, und unterstützt die Sammlung dieser Hilfsorgani-
sation.

Gartensfest. Nächsten Sonntag findet das Gartensfest des KJB
in Klingelwalde statt. Antreten zum Umbaruck 13.30 Uhr auf
dem Nikolaigraben. Kinderbeschäftigungen, Freischießen, Preis-
segeln usw. finden statt. Alle Werktätigen sind hierzu herzlich ein-
geladen.

Wann „Roter Tag“? Durch ein Versehen wurde in einem Teil
unserer getrigen Ausgabe als Datum des „Roten Tages“ in
Görlitz der 21./22. August genannt. Richtig müßte es aber heißen:
21./22. Juli!

Lehrer Hampel spricht in Rieftz. Dem Volksbund für Mutter-
schutz, Ortsgruppe Rieftz, ist es gelungen, dem bekannten Lehrer
Hampel aus Penzig für einen öffentlichen Vortrag am Sonnabend
dem 7. d. M. im „Deutschen Hof“ zu gewinnen. Der Vortrag
ist ein äußerst lehrreicher und dürfte manchem Arbeiter und mancher
Arbeiterin Aufklärung über die viel umlätzpften §§ 218 und 219
geben. Siehe Inserat.

Ein Auto verbrannt. Das Kraftauto eines Fuhrunternehmers
aus Hennesdorf bei Görlitz geriet auf der Chaussee Lauban-
Görlitz, wahrscheinlich durch Motordefekt, in Brand. Das Auto
wurde vom Feuer zerstört. Durch die Hize des Feuers fingen die
Telephondrähte bereits zu schmelzen an. Menschen kamen nicht zu
Schaden.

Sagan

**Erst jetzt wird bekannt, daß am Sonnabend in Hansdorf der
16jährige Schlosserlehrling Max Kauhut ertrank. Erst vor vier
Wochen war er im Betriebe verunglückt und hatte seine Arbeitsstelle
noch nicht wieder anfragen können.**

Grünberg

Sturmüberschwemmungen

**Gestern nachmittag raste über Grünberg und Umgebung ein orkan-
artiger Wirbelsturm, der großen Schäden anrichtete. Starke Bäume
wurden wie Streichhölzer durchknickt und Dächer beschädigt. An der
evangelischen Kirche wurden zwei Bäume von 80 Zentimeter Durch-
messer umgeworfen, wodurch das Kirchendach beschädigt wurde. Die
Telephonleitungen waren kilometerlang unterbrochen.**

Bunzlau

„Der ist die Polizei!“

**Wegen seiner unerträglichen Schikanen bei der ganzen Bevölke-
rung verhasst ist der ehemalige Landjäger Saage aus Siegers-
dorf, der kürzlich seine Pensionierung beantragte, um einer Zwangs-
pensionierung auszuweichen. Am 23. Oktober 1927 leitete er sich
weder einen feiner besonderen Streiche. Auf der Landstraße hielt er**

werbslosen auf der Tagesordnung. Der Redakteur des „Freiburger
Botes“, eines Blattes, welches zu mindestens 50 Prozent von Ar-
beitern gelesen wird, sieht sich nun veranlaßt, die Forderungen in
Ausführungsgeheim zu setzen. Er will wohl damit Fundum, daß er kein
Verständnis dafür hat. Wir glauben ihm das gern und erwarten
auch von ihm kein Kennen unserer Not. Auch ist ja das Blättchen, dem
er seinen geistigen Firmis auslegen soll, so abhängig von der Meinung
der hier Herrschenden, daß es ihm übel ergehen würde, wenn es
gegen den Stachel fälte. Wir sagen ihm aber, daß gerade wir den
größten Anspruch haben, Forderungen zu stellen. Wir tragen keine
Schuld an unserer Arbeitslosigkeit, sondern das heutige Gesellschafts-
system und alle die, welche für dieses eingetreten. Wenn ihr alle nicht
mehr imstande seid, die Wirtschaft zu beherrschen, dann tretet ab. Wir
wollen auch leben. Es ist sehr leicht, den Armen schuldig werden zu
lassen und ihn dann der Pein zu überlassen. Herr Berichtserhalter, das
ist Ihnen vorläufig einmal gesagt. Einige Erwerbslose.

ben mit einem Wagen in Begleitung seiner Frau daherkommenden
Wilhelm Erdmann aus Siegersdorf auf, verlangte von ihm
ohne jegliche Begründung die Personalakten, obwohl er ihn erkannt
haben muß, da er ihm gegenüber wohnte. Auf Drängen gab E. seinen
Namen und schließlich auch seinen Vornamen an. Trotzdem erklärte
ihn der Landjägermeister in unglaublicher Ueberschreitung seiner
Amtsbefugnis für verhaftet, schloß ihn an und schleppte ihn bis zum
Haufe seines Bruders. Bei diesen Schikanen soll der Verhaftete Worte
geäußert haben, wie: „Was will der dumme Kerl? Der hat mir,
gar nichts zu sagen!“ Wegen dieser angeblichen Bemerkungen, die
allerdings nur der sehr unglaubwürdige Landjäger hörte, wurde Straß-
anzeige wegen Beleidigung erfaßt. Das Gericht konnte sich der Un-
zuverlässigkeit der Aussagen des pensionierten zweifelhaften Beamten
nicht verschließen und sprach den Angeklagten in erster Instanz frei.
Die Staatsanwaltschaft glaubte aber, sich bei diesem Urteil nicht be-
ruhigen zu können und legte Berufung ein, die aber am Dienstag
von der Kleinen Strafkammer Leignitz verworfen wurde.

Auf einen falschen Maß gefallert. Auf dem Bahnhof Gers-
dorf-Baldau kletterte ein Anstreicher verbehtentlich auf einen
falschen Maß. Ein linker Arm verbrannte, da er der Starkstrom-
leitung zu nahe kam, vollständig. Ein Sell, an dem man ihn herab-
lassen wollte, geriß, so daß er schwer verletzt wurde.

Hagnau

Unterchlagnen Verbandsgehelder

**Im Jahre 1927 unterschlug der sozialdemokratische Kassierer des
Leberarbeiter-Verbandes rund 400 Mark Verbandsgehelder. Seinerzeit
erhielt er vom Gericht in erster Instanz 50 Mark Geld-
strafe. Die Berufung der Staatsanwaltschaft wurde am Dienstag
von der Kleinen Strafkammer Leignitz verworfen.**

**Surra! Republikanischer Polizeibeamter als Pautenschläger bei
einem schwarzweißroten Nimmell! Am Sonntag hielt der hiesige
Evangelische Volksverein im Schweizerhaus ein Kinderfest ab. Es
war dabei zu verwundern, daß an der Spitze des Zuges der schwarz-
weißrote Fejen vorangetragen wurde, da doch der Evangelische
Volksverein ein höchst „unpolitisch“ Verein sein will. Das Erstau-
mlichste bei der ganzen Geschichte war, daß sich ein republikanischer
Polizeibeamter so weit erniedrigte, indem er sich bei dem schwarzwei-
roten Kinderwärterverein als kräftiger Pautenschläger zur Ver-
fügung stellte. Hurra! Schwarzweißrotgelbe-republikanischer Polzei-
beamter! Die schwarzweißrotgelbe Paut war wirklich gut und schrei-
dig von Ihnen geschlagen worden!**

Liegnitz

Der Miesebetrugsprozess gegen Hofmann und Georfen. Kur-
langsam schreiten die Verhandlungen im Prozess gegen die Gebrüder
Hofmann und Duda fort. Die Montagnachmittag-Verhand-
lung hatte sich mit Betrag und Beschäftigungen der beiden Brüder

Der Rote Tag in Görlitz findet am 21./22. Juli

(nicht August) statt!

KJB-Ortsgruppen! Bereitet ihn gut vor!

R. zu besaffen. Der Gutsbesitzer Alt in Profen, Kreis Jauer, wollte
Liegnitz sein Gut verkleinern oder verkaufen, um zu Gelde zu kommen.
Georg R. wurde mit dem Verkauf des Gutes beauftragt. Alt mußte
gleich zu Beginn der Verhandlungen eine Reihe von Blankowechseln
ausstellen. Er tat dies, um Geld zu erlangen und damit die R. den
Geldgebern als Schuldscheine überlassen könne. Alt will nur sechs
Wechsel ausgestellt haben. Offenbar müssen dann drei Wechsel ge-
fälscht worden sein. R. will die Wechsel als Provision erhalten haben.
Am Dienstag wurde Alt vernommen. Er gab an, die sechs Wechsele
ausgestellt zu haben, um 1500 Mark zu bekommen. Eenergisch bestritt
er, R., gleichgültig, ob der Verkauf stattfindet oder nicht, 3000 Mark
oder mehr versprochen zu haben, was von R. behauptet wurde. —
Auch dieser Fall zeigt wieder, daß sich die unter Anklage stehenden
fast immer an kleine Leute wandten, die nicht besonders geschäfts-
gewandt waren und sich gleich übers Ohr hauen ließen. — Die Ver-
handlungen werden fortgesetzt. Sie werden dadurch erschwert, daß in
der Zwischenzeit mehrere Zeugen verstorben sind.

Feuer im Stadtfort. Dieser Tage entstand im Stadtfort
durch Wegwerfen eines Zigaretten- oder Zigarettenrestes ein Feuer,
das nur mit größter Mühe gelöscht werden konnte.

Glogau

Traurige Kunde. Ein hiesiger 22jähriger Kaufmannsohn war
von einer Geschäftsreise nach Breslau nicht zurückgekehrt und wurde
jetzt auf dem Gleis der Strecke München—Regensburg schwer ver-
letzt aufgefunden. Er verstarb bald nach seiner Eintieferung ins
Krankenhaus. Ob Unglücksfall oder Selbstmord vorliegt, steht noch
nicht fest.

Aus dem Riesengebirge

Ertrunken. Der Arbeiter Schneider in Grunau ertrank beim
Baden in der Boberullersdorfer Talperr. Der Unfall dürfte
darauf zurückzuführen sein, daß der Ertrunkene kurz nach dem Mittag-
essen mit vollem Magen ins Wasser ging und einen Herzschlag erlitt.

Grenzlandtreffen der Arbeiter-Sperantisten. Am kommenden
Sonntag findet auf dem Riesengebirge bei der Schnee-
grubenbaude ein Grenzlandtreffen der schlesischen und sächsi-
schen Arbeiter-Sperantisten statt. Die Veranstaltung bewirkt, das
Gefühl der Zusammengehörigkeit zu stärken, und den Anfängern ein
Ansporn zu sein zu weiterem Lernen. Abfahrt der Hirschberger Ge-
nossen 6.29 Uhr ab Hirschberg-West nach Petersdorf. Alle Partei-
und Gewerkschaftsmitglieder, die Interesse an unserer Bewegung haben,
werden hiermit eingeladen, teilzunehmen.